

Wir für Eimsbüttel: sozial - gerecht - ökologisch

Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der Bezirksversammlung Eimsbüttel zwischen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Wahlperiode 2014 bis 2019

Präambel

Wir wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam die Zukunft des Bezirks gestalten und die Lebensbedingungen für alle weiter verbessern. Wir wollen dabei die bereits verbesserte Bürgerbeteiligung ausbauen und Politik transparent gestalten.

Verantwortungsvolle Politik bedeutet für uns eine an den bezirklichen Interessen orientierte Politik. Unsere Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für den Bezirk sind immer abhängig vom finanziellen und organisatorischen Spielraum, den der jeweilige Senat ermöglicht. Hier wollen wir, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für die Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort gestärkt werden. Auch wollen wir, dass Entscheidungen dort fallen, wo die örtliche Nähe zu den Handlungsfeldern gegeben ist. Das bedeutet für uns z.B., dass die Kompetenzen der unteren Straßenverkehrsbehörde auf die Bezirke übertragen werden müssen. Vor Ort sind die Kenntnisse vorhanden, wo der Schulweg durch Zebrastreifen und Tempo 30 gesichert werden muss. Wir werden uns daher gemeinsam für eine Stärkung der Bezirke einsetzen.

Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen, aber auch Verdrängungseffekte mit Hilfe von sozialen Erhaltungsverordnungen stoppen. Bei allen baulichen Aktivitäten wollen wir die ökologischen Belange stärker berücksichtigen und den Klimaschutz als Schwerpunkt in der Bezirklichen Entwicklungsplanung stärker verankern. Eine kompakte Stadt braucht ein modernes Mobilitätskonzept, das sich an den ökonomischen und ökologischen Erfordernissen orientiert. Die Stärkung des Fahrradverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs ist hierbei für uns ein wichtiger Baustein.

In der nachfolgenden Vereinbarung haben wir die Projekte, Vorhaben und Ziele aufgeführt, die im Mittelpunkt der Zusammenarbeit stehen werden.

Die aktuelle drängende Situation zur Flüchtlingsunterbringung zeigt uns aber auch: Wir werden immer wieder mit neuen Herausforderungen konfrontiert, in denen es gilt das solidarische Zusammenleben in unserem Bezirk transparent und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten.

1	<u>Inhaltsverzeichnis</u>	
2		
3	Präambel	1
4	Inhaltsverzeichnis.....	2
5	Stadtplanung: Bezahlbarer Wohnraum, Klimaschutz beachten, Qualität steigern,	
6	beteiligungsorientiert planen.....	3
7	Verkehr.....	8
8	Natur, Umwelt- und Verbraucherschutz.....	13
9	Bildung.....	15
10	Integration.....	17
11	Sport.....	18
12	Jugendhilfe	20
13	Soziales.....	22
14	Gesundheit	24
15	Frauen.....	25
16	Inklusion / Gleichstellung.....	26
17	Wirtschaft und Arbeit.....	27
18	Kultur in Eimsbüttel.....	28
19	Kerngebiet	29
20	Regionalbereich: Lokstedt, Niendorf, Schnelsen	31
21	Regionalbereich: Eidelstedt und Stellingen.....	36
22	Grundlagen der Zusammenarbeit	38
23		

Stadtplanung: Bezahlbarer Wohnraum, Klimaschutz beachten, Qualität steigern, beteiligungsorientiert planen

Hamburg wächst und braucht mehr Wohnungen, das ist offensichtlich. Eimsbüttel ist ein Teil des wachsenden Hamburg. Wachstum ist ein Zeichen für die Attraktivität von Hamburg und unserem Bezirk, es ist allerdings auch eine große Herausforderung. Eimsbüttel hat sich im Vertrag für Hamburg verpflichtet jährlich mindestens 700 Wohnungen im Bezirk neu zu genehmigen. Diese Zielzahl haben wir in den letzten Jahren sogar übertroffen. Wo viel gebaut wird, fragen sich die Menschen, wie sich ihre Nachbarschaft durch geplante Neubauten verändern wird. Stadtplanung ist daher für uns untrennbar mit Bürgerbeteiligung verbunden, diese wollen wir noch verbessern.

Das beschlossene und gerade erst fortgeschriebene Eimsbütteler Wohnungsbauprogramm zeichnet sich dadurch aus, dass wir nicht nur potentielle Flächen für den Wohnungsbau beschreiben, sondern hier auch inhaltliche Schwerpunktsetzungen festlegen. Für längerfristige Planungen hat sich in Eimsbüttel das Instrument der Bezirklichen Entwicklungsplanung bewährt, dieses wollen wir für Schwerpunktsetzungen im Bereich des Klimaschutzes und der Qualitätsentwicklung nutzen. Wir wollen bei unseren Planungen Flächenversiegelungen möglichst reduzieren oder begrenzen. Für die Menschen in unseren Bezirken sind die langfristigen Auswirkungen stadtklimatischer Veränderungen zu beachten.

Bezahlbarer Wohnraum

Ziel unserer Politik für Eimsbüttel ist es, gutes und bezahlbares Wohnen in einer lebenswerten Stadt für alle zu ermöglichen.

Daher ist es uns wichtig, dass wir bezahlbaren Wohnraum schaffen, insbesondere auch mehr öffentlich geförderten Wohnungsbau. Gleichzeitig wollen wir aber nicht nur auf Neubauten setzen, sondern durch soziale Erhaltungsverordnungen Verdrängungseffekte stoppen.

Daher wollen wir:

- Den Anteil öffentlich geförderten Wohnungsbau erhöhen, auch im Kerngebiet.
- Flexiblere Konzepte für Sozialwohnungen, um diese auch in kleineren Bauprojekten zu ermöglichen.
- Längere Bindungsfristen für Sozialwohnungen, hier wollen wir mit den Investoren entsprechende Verhandlungen aufnehmen.
- flexible Wohnungstypen schaffen.
- Soziale Erhaltungs- und Umwandlungsverordnungen für Eimsbüttel-Nord, Stellingen (der Bereich der an das Eimsbütteler Kerngebiet anschließt) und Hoheluft-West einführen. Das bedeutet, dass zunächst der Bezirk prüfen muss, ob die Verordnungen zulässig wären. Hier sehen wir auch weiterhin den Senat in der Verantwortung, dem Bezirk bei der späteren Umsetzung der Verordnungen zu unterstützen.
- Mietpreisbremse umsetzen.
- Konzeptausschreibungen bei Vergabe städtischer Liegenschaftsflächen
- Die Vergabe von Grundstücken an Baugemeinschaften wollen wir weiterhin unterstützen. Baugemeinschaften sind – neben den Wohnungsbaugenossenschaften – wichtig, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

1 • Soweit der Bezirk im Einzelfall Handlungsmöglichkeiten hat, wollen wir grundsätzlich be-
 2 stehende Wohnprojekte absichern. Eine moderate Anpassung von bestehenden Verträgen
 3 für städtische Liegenschaften, die vor der Verlängerung stehen, wie z.B. im SchröderStift, ist
 4 dabei für uns nicht von vorneherein ausgeschlossen.

5 • Den Leerstand von Wohnraum wollen wir verstärkt durch die Möglichkeiten des Wohnraum-
 6 schutzgesetzes bekämpfen.

7 Bei der Schaffung von Wohnraum gilt es für uns auch auf besondere Bedürfnisse und die Auswir-
 8 kungen des demographischen Wandels zu reagieren. Deshalb wollen wir:

9 • Auszubildenden- und Studentenwohnungen schaffen: z.B. im Bereich Stellingen, an der
 10 Julius-Vosseler-Straße und im Bereich Grandweg / Troplowitzstraße in Lokstedt.

11 • im Wohnungsprogramm besondere Wohnformen berücksichtigen und dafür geeignete
 12 Standorte finden. Hierzu gehören Jugendwohnungen, betreute Wohnmöglichkeiten für
 13 Erkrankte, Wohnungen für Menschen mit Behinderung. Übergangsmöglichkeiten aus der
 14 öffentlichen Unterbringung ebenso wie Platz für Flüchtlinge gehören auch hierzu.

15 • verstärkt die Möglichkeiten von Mehrgenerationenwohnen und anderen genera-
 16 tionenübergreifenden Konzepten fördern und die Anstrengungen verstärken, barrierefreie
 17 bzw. barrierearme Wohnungen bereitzustellen.

18 • in Höhe von 10 % des Neubaus im öffentlich geförderten Bereich wollen wir (WA-)Bindungen
 19 für wohnungsberechtigte Menschen mit Zugangsschwierigkeiten zum Wohnungsmarkt
 20 schaffen.

21 **Umweltgerecht bauen, Klimaschutz beachten**

22 Freiflächen sind ein wichtiges Gut in einer urbanen Gesellschaft. Sie dienen als Erholungs- wie Ge-
 23 staltungsräume sowohl für Menschen wie auch für Tiere und Pflanzen. Planungsvorhaben müssen
 24 stärker auf ihre Auswirkungen auf das Stadtklima geprüft werden. Ein wichtiges Element für Klima-
 25 schutz ist der Stopp oder mindestens die Verringerung der Flächenversiegelung. Das bedeutet, dass
 26 wir künftig verstärkt auf die Aufstockung von Gebäuden und höheren Baukörpern, soweit diese nach-
 27 barschaftsverträglich sind, setzen müssen. Zum umweltgerechten Bauen gehören für uns auch Mobi-
 28 litätskonzepte, die eine Verringerung des Autoverkehrs ermöglichen.

29 Wir wollen daher:

30 • die Feldmarken in Schnelsen und Eidelstedt erhalten und sprechen uns gegen jede Bebauung
 31 in diesen Bereichen aus.

32 • den Erhalt und Ausbau von Frischluftschneisen

33 • Aufstockung von Gebäuden und Eindämmung von Flächenversiegelung

34 • Neubebauung vorrangig nur auf schon versiegelten Flächen – gerade im Kerngebiet

35 • Neugestaltung von Oberflächen mit nicht versiegelnden Materialien durch Festsetzungen in
 36 Bebauungsplänen, städtebaulichen Verträgen und bei Befreiungsanträgen

37 • intelligente Flächenrochaden (richtige Nutzung am richtigen Ort)

38 Auch in den einzelnen Bauprojekten kann eine umweltgerechterer Bauweise einen Beitrag für Klima-
 39 schutz und das Stadtklima leisten. Neue Bauten, aber auch im Bestand, z.B. bei Aufstockungen, kön-
 40 nen hierzu mit Dachgärten einen Beitrag leisten. Im Rahmen der Bezirksentwicklungsplanung sind
 41 bereits positive Beispiele für umweltgerechtes Bauen im Bezirk genannt worden. Dazu können wir

1 uns weitere Anstrengungen und Konzepte wie z.B. „atmende Häuser“ vorstellen. Hier wollen wir
2 verstärkt das Gespräch mit Investoren suchen.

3 Im Bauvorhaben Süderfeldstraße hat der Investor bereits Elemente eines Mobilitätskonzeptes vor-
4 gestellt, welches z.B. E-Bikes berücksichtigt und auch eine dezentrale Energieversorgung vorsieht.
5 Wir würden es begrüßen, wenn dieser Impuls für autoärmeres Planen und dezentrale Energiever-
6 sorgung in anderen Bauprojekten aufgegriffen wird. Hierzu wollen wir entsprechende Gespräche mit
7 den Investoren führen.

8 Die zunehmenden Klimaveränderungen und Auswirkungen der Verdichtungen sorgen dafür, dass der
9 innerstädtische Bereich sich nachts immer weniger abkühlt. Die Folge sind gesundheitliche Be-
10 einträchtigungen gerade für ältere Menschen und Kleinkinder. Die stadtklimatischen Auswirkungen
11 und mögliche Handlungsoptionen wollen wir uns daher auch zeitnah durch externe Experten vom
12 KlimaCampus der Universität erläutern lassen.

13 Das Thema Klimaschutz soll Schwerpunkt der nächsten Fortschreibung der Bezirklichen Entwick-
14 lungsplanung sein. Neben bezirklichen Handlungsmöglichkeiten gibt es hierbei Rahmenbedingungen
15 von Senat und Bund, z.B. im Bereich der Förderprogramme.

16 Die Grundlagen für eine Klimaschutzstrategie im Bezirk Eimsbüttel wollen wir in der Bezirklichen Ent-
17 wicklungsplanung schaffen, um sie dann in die Fortschreibung des Wohnungsbauprogrammes und
18 bei Einzelentscheidungen künftig stärker berücksichtigen zu können.

19 Die Möglichkeiten energieeffizienter Bauleitplanung soll auch Bestandteil des Schwerpunktes Klima-
20 schutz im nächsten BEP sein. Mit Zebau Hamburg (Zentrum für Energie; Bauen, Architektur und Um-
21 welt) gibt es in diesem Themenbereich aktive Experten, die wir einbinden wollen.

22 **Qualität, Infrastruktur, Freiflächen**

23 Die Eimsbütteler Wohnungsbaukonferenz und das Eimsbütteler Wohnungsbauprogramm betonen,
24 dass es beim Wohnungsbau verstärkt um Qualitätsaspekte gehen muss. Dies wollen wir intensiver
25 angehen.

26 In den bereits hoch verdichteten Bereichen geht es um qualitative und städtebaulich sinnvolle Lö-
27 sungen, so müssen z.B. flächensparende Wohnformen entwickelt und angeboten werden. Gleich-
28 zeitig sorgen die bereits stark verdichteten Bereiche für spürbaren Druck auf die angrenzenden Ge-
29 biete. Hierbei gilt es, den eigenständigen Charme dieser einzelnen Quartiere zu berücksichtigen und
30 zu bewahren. Die Verdichtung in den bislang nicht so stark verdichteten Bereichen muss u.a. mit Ver-
31 besserungen des Wohnumfeldes verbunden werden. Insgesamt gilt es den Charakter des Stadtteils
32 qualitativ und nicht nur quantitativ zu stärken.

33 Das bedeutet bei Bauvorhaben beispielsweise:

- 34 • verdichtete Bereiche benötigen ausreichende grüne Freiflächen – zum Beispiel in den
35 Innenbereichen von Wohnbauten.
- 36 • Licht- und Wärmegewinn schaffen: Sonnenlicht optimal ausnutzen, Verschattungseffekte
37 durch Gebäude auch auf Freiräume prüfen
- 38 • durch Neubauprojekte ruhige Räume neu schaffen und bestehende ruhige Räume
39 respektieren
- 40 • mit komfortablen Fahrradstellplätzen und Carsharing-Angeboten nachhaltige und emissions-
41 arme Mobilitätsformen fördern.

- 1 • möglichst barrierefreie öffentliche Räume schaffen

2 Qualitätsziele sollen verstärkt Bestandteil der städtebaulichen Verträge im Bezirk werden. In Einzel-
3 fällen sollte für Projekte mit besonderen Herausforderungen ein begleitendes Qualitätscontrolling
4 mit zertifizierendem Abschluss vereinbart werden.

5 **Bürgerbeteiligung ausbauen**

6 Bei dem Beteiligungsverfahren für die Mitte Stellingens konnten wir die Ergebnisse der Bürgerbe-
7 teiligung in den weiteren Schritten, wie dem gerade abgeschlossenen städtebaulichen Wettbewerb,
8 umsetzen. Wir werden uns für die Umsetzung der Bürgerbeteiligung und dem daraus entstandenen
9 städtebaulichen Wettbewerb einsetzen.

10 Die Erfahrungen der Beteiligungsprozesse in Stellingen, zum Eidelstedter Zentrum und die begon-
11 nene breite Beteiligung zur weiteren Entwicklung in Lokstedt wollen wir auswerten zur Erarbeitung
12 von weiteren Entwicklungskonzepten für einzelne Stadtteile.

13 Wir möchten bei wichtigen Planungen von Beginn an alle Akteure – Bürgerinnen und Bürger, Bau-
14 herren, Verwaltung und Politik – an einen Tisch holen. Beteiligungsprozesse müssen bei den Pla-
15 nungszielen ansetzen, ergebnisoffen sein und transparente, verständliche Verfahren und Regeln
16 haben.

17 Dazu gehören für uns:

- 18 • Alle Ergebnisse, auch in den Zwischenphasen, sollen dokumentiert werden und im Internet
19 verfügbar sein.
- 20 • Um die Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung transparent zu gestalten, wollen wir
21 Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung in Eimsbüttel entwickeln und veröffentlichen.
- 22 • Baugenehmigungsverfahren öffentlich zu behandeln, soweit dies möglich ist. Die Beteiligung
23 von Kindern- und Jugendlichen wollen wir weiterentwickeln und ausweiten. Das bedeutet
24 auch die Beteiligung auf weitere Themen auszubauen.

25 **Gewerbe und Zentrenentwicklung**

26 Neben dem Wohnungsbau wollen wir die Sicherung und die Entwicklung von Arbeitsstätten und Ge-
27 werbegebieten sowie die Weiterentwicklung der Stadtteilzentren unterstützen.

28 Eimsbüttel hat als erster Bezirk ein Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept beschlossen, auf
29 dessen Basis nun ein stadtweites Konzept entsteht. Wir wollen weiterhin die Fortentwicklung der
30 Stadtteilzentren Osterstraße, Hoheluftchaussee, Tibarg, Eidelstedt, Niendorf-Nord, Frohmestraße
31 und Lokstedt unterstützen. Für Eidelstedt und Lokstedt haben wir breite Beteiligungsprozesse
32 begonnen. Für die Frohmestraße wollen wir den Bau des Autobahndeckels als Chance für einen Be-
33 teiligungsprozess mit dem Ziel der Neugestaltung nutzen.

34 Desweiteren wollen wir gemischte Blockstrukturen, insbesondere in Kerngebiet, sichern. Zur Siche-
35 rung von klassischem Gewerbe wollen wir großflächigen Einzelhandel in Gewerbegebieten aus-
36 schließen.

37 Bei allen notwendigen Anstrengungen für den Wohnungsbau wollen wir die Belange von kleinen Ge-
38 werbe- und Handwerksbetrieben als notwendigen Bestandteil unserer Infrastruktur bei den Pla-
39 nungen berücksichtigen und zudem neue räumliche Möglichkeiten, wie zum Beispiel Gewerbehöfe,
40 in Betracht ziehen. Im Bereich des Rentzelcenters ist ein entsprechendes Projekt gestartet. Die Pla-
41 nungen für einen Gewerbehof am Offakamp unterstützen wir.

- 1 Bei der Gewerbebebauung auf der Fläche des Informatikums in Stellingen wollen wir die Ideen der
- 2 Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen.

1 **Verkehr**

2 In der Verkehrspolitik sind Sicherheit und Lebensqualität in den Wohngebieten Eimsbüttels ein zen-
3 trales Anliegen. Wir wollen die Verkehrspolitik so gestalten, dass sich die Verkehrsteilnehmerinnen
4 und Verkehrsteilnehmer mit ihren unterschiedlichen Transportmitteln gleichberechtigt, sicher, ent-
5 spannt und zügig durch Eimsbüttel bewegen können.

6 Besonders in den dicht besiedelten Gebieten des Kerngebietes müssen die Bedürfnisse des Rad-,
7 Fuß- und Autoverkehrs austariert werden. Nach einer gemeinsam aufgestellten Prioritätenliste sollen
8 integrierte quartiersbezogene Parkraum- und Verkehrskonzepte für einzelne Stadtteile oder
9 Quartiere aufgestellt werden. Ausgangspunkt soll dabei eine Bestandsaufnahme der Mobilitätsbe-
10 dürfnisse sein. Dazu gehören die Fragen, für wie viele Anwohnerfahrzeuge (KFZ und Fahrrad) derzeit
11 wie viel Parkraum zur Verfügung steht und welche aktuellen Probleme im Zusammenhang mit dem
12 ruhenden Verkehr jeweils bestehen (verkehrswidriges Parken, Zuparken von Rad- und Fahrradwegen
13 etc.). Auch die Wegebeziehungen für Fußgängerinnen und Fußgänger sollen in diesem Zusammen-
14 hang analysiert und es sollen Verbesserungsvorschläge gemacht werden.

15 Die Konzepte sollen folgende Fragestellungen miteinbeziehen und unterschiedliche Instrumente
16 miteinander verzahnen:

- 17 • Gestaltungsspielräume im Straßenraum schaffen durch Verlagerung von Autostellplätzen in
18 Quartiersgaragen (ggf. mit differenziertem Gebührensystem je nach Quartier)
- 19 • Parksuchverkehr vermindern durch Anwohnerparken
- 20 • Stellplätze für Carsharing
- 21 • Sicherheit für den Radverkehr erhöhen und Qualität der Radwege verbessern
- 22 • mehr Fahrradhäuschen und Fahrradbügel
- 23 • Aufwertung des Verkehrsraums für Fußgängerinnen und Fußgänger
- 24 • Verbesserung von ÖPNV-Querverkehren
- 25 • Abbau von Anreizen für sonstigen Parkplatzsuchverkehr
- 26 • Reduktion von Falschparken, insbesondere an gefährlichen Stellen

27 Bestehende Verkehrskonzepte, wie das Eimsbütteler Fahrradroutenkonzept sollen umgesetzt
28 werden.

29 **Tempo 30**

30 Wir wollen den Ausbau von Tempo 30 weiter vorantreiben. Besonders in solchen Straßen, in denen
31 die Geschwindigkeitsbegrenzung mehrfach wechselt, ist durchgehendes Tempo 30 auch ein Beitrag
32 zur Reduzierung des Schilderwaldes – gerade mit Blick auf die kleineren Querstraßen. Als vordringlich
33 wollen wir die Einführung von Tempo 30 im Eppendorfer Weg realisieren. Die bereits von der
34 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation für Tempo 30 in Aussicht gestellten Straßen wollen
35 wir zügig umwandeln. Um die Einhaltung der Tempolimits zu befördern, sollen auch bauliche Mittel
36 zur Verkehrsberuhigung eingesetzt werden. Der komplette Umbau einer Straße soll dabei nicht
37 Voraussetzung für die Einführung von Tempo 30 sein. Wir setzen auch auf kurzfristige, einfache
38 Maßnahmen zur Beruhigung des Verkehrs, wie alternierende KFZ-Parkplätze, Blumenkübel oder
39 Fahrradbügel am Fahrbahnrand.

1 **Schulwegsicherung**

2 Insbesondere im Umfeld von Schulen und Kitas ist es uns ein großes Anliegen, mehr Tempo-30-Zonen
3 einzurichten. Zudem wollen wir uns für Zebrastreifen und andere Querungshilfen zur Schulwegsiche-
4 rung einsetzen und mit Piktogrammen auf die Nähe einer Kita oder Schule hinweisen. Wir wollen
5 weiter darauf drängen, dass gemeinsam mit Schulleitungen, Elternräten, Polizei, Bezirksverwaltung
6 und -politik regelhaft an allen Schulen, insbesondere Grundschulen, großflächige Begehungen durch-
7 geführt werden, um die Schulwegsicherheit konkret und vor Ort zu überprüfen und Verbesserungen
8 sachgerecht durchführen zu können. Dabei sind die „realen“ Schulwege zum Maßstab zu machen
9 (auch Hintereingänge, Abkürzungen etc.).

10 **Parkraum**

11 Um den Straßenraum von Autostellplätzen zu entlasten, möchten wir diese in Quartiersgaragen ver-
12 lagern, die wir dafür neu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass Pilotprojekte für Anwohnerpark-
13 gebiete in Eimsbüttel eingerichtet werden. Dies soll in enger Abstimmung mit den Betroffenen vor
14 Ort geschehen.

15 Dort, wo Bedarfe nach Recycling-Containern, Unterflur-Müllbehältern und Fahrradparkplätzen fest-
16 gestellt werden und nicht anderweitig Abhilfe geschaffen werden kann, können einzelfallbezogen
17 auch KFZ-Stellplätze in Anspruch genommen werden. Die Einzelfälle sind in den bezirklichen Aus-
18 schüssen zu prüfen.

19 **Carsharing**

20 Um das Carsharing als Alternative zum (Zweit-)Privatwagen zu fördern, setzen wir uns dafür ein, dass
21 den Anbietern zusätzliche Flächen zur Verfügung gestellt werden. Im Sinne der Zugänglichkeit und
22 Sichtbarkeit sollte dies nicht nur in Tiefgaragen, sondern (unter Rücksichtnahme auf die örtliche
23 Parkplatzsituation) auch im Straßenraum gefördert werden. Weitere Potentiale wollen wir auf
24 größeren Parkflächen, z.B. bei Supermärkten oder öffentlichen Einrichtungen erschließen. Um den
25 Übergang zum ÖPNV zu erleichtern, setzen wir uns für Knotenpunkte ein, an denen alle Verkehrs-
26 angebote zur Auswahl stehen.

27 **Entlastung Kieler Straße**

28 Die großen Bauprojekte in Altona dürfen nicht in Eimsbüttel zum Verkehrsinfarkt führen, davon sind
29 insbesondere die Kieler Straße und die Fruchttallee bedroht. Hier erwarten wir Umsteuerungen
30 zugunsten öffentlicher Verkehrsmittel und eine faire Verteilung des KFZ-Aufkommens. Um die Kieler
31 Straße zu entlasten, setzen wir uns für eine stärkere Umlenkung des Verkehrs über den Holsten-
32 kamp auf die BAB-Anschlussstelle Volkspark ein. Im Zuge der entstehenden Entlastung wollen wir
33 eine Busspur auf der Kieler Straße prüfen, um insbesondere die Metrobuslinie 4 zu beschleunigen.

34 **Öffentlicher Personennahverkehr**

35 Die Koalitionspartner sehen den dringenden Bedarf, die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Per-
36 sonennahverkehrs Eimsbüttel zu erhöhen. Ein Ausbau insbesondere auch des innerstädtischen,
37 schienengebundenen Nahverkehrs in den Bereichen muss vor dem Hintergrund der Nachverdichtung
38 auch in Eimsbüttel erfolgen.

39 Die Partner wollen sich für eine weitere Optimierung des öffentlichen Personennahverkehrs insge-
40 samt einsetzen. Der barrierefreie Ausbau der Haltestellen soll fortgesetzt werden. Die Taktzeiten sol-
41 len verdichtet werden, um Wartezeiten zu verkürzen und dem wachsenden Fahrgastaufkommen ge-

1 recht zu werden. Die Beschleunigung der zentralen Buslinien im Bezirk durch Ampelvorrangschal-
2 tungen und durch eigene Busspuren unterstützen wir.

3 Wir setzen uns dafür ein, dass die AKN-Strecke nach Kaltenkirchen für die S-Bahn elektrifiziert wird
4 und somit eine direkte Anbindung von Schnelsen und Eidelstedt an die Hamburger Innenstadt er-
5 folgt. In diesem Zusammenhang soll der Bau der Haltestelle Schnelsen-Süd möglichst zeitnah reali-
6 siert werden. Somit wird eine umweltfreundlichere, komfortablere und günstigere Anbindung un-
7 serer nördlichen Stadtteile mindestens bis zum Hauptbahnhof gewährleistet.

8 Das Umsteigen vom Auto oder Fahrrad auf öffentliche Verkehrsmittel soll durch den Ausbau von Park
9 + Ride sowie Bike + Ride erleichtert werden.

10 **Radverkehrsförderung**

11 Wir wollen den Radverkehrsanteil in Eimsbüttel deutlich steigern. Dafür müssen Radfahrstrecken be-
12 quemer und an ein erhöhtes Fahrradverkehrsaufkommen angepasst werden. Eine geräumige und
13 glatte Streckenführung gehört ebenso dazu wie eine bevorzugte Überquerung der Hauptver-
14 kehrsstraßen, etwa durch Verkehrsinseln oder Vorrangschaltung von Anforderungsampeln. Die
15 durchgängige farbliche Markierung sowie Piktogramme auf der Straße sollen die Sichtbarkeit und
16 damit die Attraktivität der stark frequentierten Hauptfahrradrouten, aber auch der anderen Fahrrad-
17 strecken fördern. Insgesamt wollen wir in Übereinstimmung mit der Straßenverkehrsordnung und
18 der Verkehrsforschung mehr Fahrradverkehr auf die Fahrbahn verlagern. Die Sicherheit der Fahrrad-
19 fahrer soll erhöht werden, indem ihnen wo nötig Radfahr- oder Schutzstreifen zur Verfügung stehen.
20 Wir setzen uns dafür ein, dass dies zügig realisiert wird, wo es möglich ist. Planungs- und kostenin-
21 tensive Umbauten können zunächst ausgespart und als Mischverkehr geführt werden, wenn klar ist,
22 das z.B. vor und nach derartigen Stellen (z.B. Kreuzungen) der Radverkehr auf der Fahrbahn geführt
23 wird.

24 Die bestehenden Hamburger Alltagsrouten 3 und insbesondere 2 sollen weiter ausgebaut werden. Im
25 Rahmen des jährlich stattfindenden Fahrradforums, das wir fortsetzen möchten, soll eine Erwei-
26 terung des Eimsbütteler Fahrradroutenkonzepts um weitere Routen – gerade auch Querverbin-
27 dungen – in die Außenbereiche des Bezirks erarbeitet werden. Weiterhin soll ein Radschnellweg-Kon-
28 zept aus dem Umland nach Eimsbüttel entwickelt werden.

29 Fahrradstraßen, in denen nur der Anlieger-Kraftfahrverkehr zugelassen ist, haben sich bereits in
30 einigen Straßen des Kerngebiets bewährt. Es soll daher im Rahmen des Fahrradforums untersucht
31 werden, in welchen weiteren Straßen Fahrradstraßen eingeführt werden.

32 Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Mittel zur Förderung des Radverkehrs im Haushalt ge-
33 sondert ausgewiesen werden.

34 Deshalb werden wir 15 % der Rahmenezuweisung für Straßenbau und -sanierung für die Radverkehrs-
35 förderung reservieren.

36 **Straßenschäden und -sanierung**

37 Der Zustand der Straßen, Geh- und Radwege soll weiter verbessert werden, um die Sicherheit aller
38 Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten. Wir wollen, die dringend notwendige Sanierung der Neben-
39 flächen vorantreiben. Künftig sollen bei allen Fahrbahnsanierungen (soweit dies erforderlich ist) auch
40 die anliegenden Gehwege in Stand gesetzt werden, ebenso wie die Radwege, falls nicht eine sichere
41 Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn hergestellt werden kann. Bei der Straßensanierung haben
42 für uns die Busstrecken Vorrang.

1 **Fahrradparken**

2 Eimsbüttel ist Vorreiter bei den Fahrradparkhäuschen, mit denen Anwohnerinnen und Anwohner
3 sich einen sicheren und trockenen Abstellplatz für ihr Rad schaffen können. Wir wollen diese weiter
4 fördern. Außerdem wollen wir durch neue – wo möglich auch überdachte – Fahrradbügel mehr Ab-
5 stellplätze für Fahrräder schaffen.

6 **Strukturen für ein besseres Fahrradklima**

7 Das vom Bezirk in Auftrag gegebene Fahrradkonzept soll schnell verwirklicht werden. Es ist Teil der
8 Radverkehrsstrategie für Hamburg, die wir ebenfalls im Bezirk verwirklichen wollen. Wir wollen das
9 Fahrradforum, bei dem die Förderung des Fahrradverkehrs von den verschiedenen Beteiligten
10 vorangetrieben werden kann, einmal jährlich fortsetzen. Zudem wollen wir uns dafür einsetzen, dass
11 die Mitarbeiter der Abteilung Management des öffentlichen Raumes mit Blick auf aktuelle Vorgaben
12 der „Empfehlung für Radverkehrsanlagen“ und der Straßenverkehrsordnung geschult werden.

13 **StadtRAD**

14 Wir unterstützen, dass das StadtRAD-Netz in Eimsbüttel in Richtung der Außenstadtteile ausgeweitet
15 wird. Die Stadtteilzentren wie Stellingen, Eidelstedt, Lokstedt oder Niendorf, die vom Kerngebiet mit
16 dem Rad problemlos erreichbar sind, sollen StadtRAD-Stationen erhalten. Zudem sollen wohnort-
17 nahe Stationen abseits der Schnellbahnhaltestellen gebaut werden.

18 **Stadtmöblierung**

19 Wir setzen uns dafür ein, dass Stadtmöbel, insbesondere die sogenannten „Stadtinformationsan-
20 lagen“ bei begründeten Sicherheitsbedenken der Bürger versetzt werden können. Wir möchten bei
21 der Genehmigung der Stadtinformationsanlagen ein Entscheidungsrecht für die Bezirksversammlung
22 festlegen.

23 **Autobahndeckel**

24 Wir begrüßen die Überdeckelung der Autobahn A 7 in Stellingen und Schnelsen. Wir setzen uns dafür
25 ein, die Baumaßnahmen so zu gestalten, dass sie für die Anwohnerinnen und Anwohner ebenso wie
26 für alle Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmer (insbesondere Pendlerinnen und Pendler) er-
27 träglich sind.

28 Dafür fordern wir die Umsetzung des Verkehrsleit- und Informationskonzeptes zum Ausbau und zur
29 Erweiterung der BAB A 7.

30 Weiterhin soll die Gestaltung der Deckeloberflächen beteiligungsorientiert und transparent umge-
31 setzt werden.

32 **Reduzierung von Straßenlärm**

33 Im Bereich Straßenlärm, insbesondere entlang der großen Hauptverkehrsachsen, unterstützen die
34 Koalitionspartner alle Maßnahmen, die zu einer Entlastung der Bevölkerung führen. Der Lärmaktions-
35 plan des Senats soll in Eimsbüttel umgesetzt und erweitert werden. Wir begrüßen bauliche Maßnah-
36 men – wie etwa Flüsterasphalt – und ein Nachtfahrverbot für LKW. Zudem möchten wir in Wohnstra-
37 ßen ein Durchfahrverbot für LKW über 7,5 Tonnen einrichten.

1 Erstmalige endgültige Herstellung von Straßen

- 2 Bei der erstmaligen endgültigen Herstellung von Straßen halten wir an der bisherigen Praxis in Eims-
- 3 büttel fest, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig zu informieren und in einem geordneten Verfahren
- 4 zu beteiligen.

1 **Natur, Umwelt- und Verbraucherschutz**

2 Der Bezirk Eimsbüttel bietet eine große Zahl grüner Oasen, die innerhalb der dichten Bebauung im
3 hektischen Stadtleben einen hohen Erholungswert für die Menschen und eine wichtige ökologische
4 Funktion haben. Wir setzen uns für den Schutz und die Pflege unserer Grünflächen ein und werden
5 Landschaftsachsen vor Baubehrohlichkeiten sichern.

6 Von großer Bedeutung für Eimsbüttel ist der einzige Wald des Bezirkes: das Niendorfer Gehege. Das
7 von den Koalitionspartnern auf den Weg gebrachte und beschlossene Gesamtkonzept wollen wir
8 umsetzen und weiterentwickeln.

9 Im Bezirk sollen Neubebauungen vorrangig nur auf schon versiegelten Flächen erfolgen. Wo immer
10 möglich, sollen Flächen entsiegelt werden. Die Koalitionspartner setzen sich weiterhin für eine ökolo-
11 gisch ausgerichtete, naturnahe, extensive Pflege des öffentlichen Grüns ein. So sollen Wildwuchs-
12 flächen ausgewiesen werden und alte absterbende Bäume an für Menschen sicheren Standorten er-
13 halten werden.

14 Kleingärten haben in Deutschland eine große Tradition und sind in urbanen Räumen von großer so-
15 zialer Bedeutung. Die Koalitionspartner werden dem auf bezirklicher Ebene Rechnung tragen und
16 sich für die Kleingärten einsetzen. Ebenso wollen wir weiterhin Urban Gardening Flächen identifi-
17 zieren und für engagierte Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellen.

18 Wir sind stolz darauf, dass Eimsbüttel ein grüner Bezirk mit flächendeckend hohem Baumbestand ist.
19 Damit das so bleibt, wollen wir uns dafür einsetzen, dass in Eimsbüttel an den Straßen und in den
20 Parks mindestens so viele Bäume gepflanzt wie gefällt werden, um den anhaltenden negativen Trend
21 umzukehren. Zur nötigen Kontrolle sollen die Baumfälllisten zukünftig mit dem Votum der Behörde –
22 aber vor Erteilung einer Genehmigung dem für „Grün“ und „Umwelt“ zuständigen Ausschuss vorge-
23 legt werden. Darüber hinaus wollen wir privates Engagement für den Erhalt sowie die Neu- und
24 Nachpflanzung – etwa in Form von privaten Baumpatenschaften und der Straßenbegleitgrünpflege –
25 unterstützen. Wir wollen nachhaltige Pflegekonzepte sowie die Pflanzung gerade von jenen Bäumen,
26 die ein hohes Maß an Biodiversität gewährleisten, befördern.

27 Lärmschutz ist für den Umweltschutz in Eimsbüttel ein wichtiges Thema. Wir machen uns für die Um-
28 setzung der Lärmaktionsplanung stark. Durch die strikte Einhaltung des Nachtflugverbots, einer deut-
29 lichen Verringerung der Ausnahmegenehmigungen sowie einer nach Lärmemissionen gestaffelten
30 Start- und Landegebühr wollen wir betroffene Anliegerinnen und Anlieger weiterhin vor Fluglärm
31 schützen.

32 Wir setzen uns als Koalition dafür ein, dass die Gewässer in Eimsbüttel weiterhin renaturiert werden.
33 Offene Wasserläufe fördern die Artenvielfalt in der Stadt. Mehr erlebbare Natur ist die Folge. Wir
34 unterstützen daher ebenso die Bemühungen der Naturschutzverbände, Gewässer als Lebensräume
35 zu erhalten bzw. umzuwandeln. Zusätzlich sollen weitere Retentionsflächen identifiziert und ausge-
36 wiesen werden. Diese Maßnahmen tragen zu einem nachhaltigen Hochwasserschutz für die betrof-
37 fenen Gebiete bei und werden von den Koalitionspartnern deshalb nachdrücklich unterstützt.

38 **Verbraucherschutz**

39 Wir setzen uns für Transparenz und größtmögliche Sicherheit für Verbraucherinnen und Verbraucher
40 ein. Der Bezirk nimmt im Bereich Lebensmittelsicherheit die Kontrolle der Hygiene bei der Gewin-
41 nung, Zubereitung und Behandlung von Lebensmitteln wahr und leistet umfassenden Schutz vor Ge-
42 sundheitsgefährdung. Gerade diese Bereiche müssen im Sinne der Verbraucherinnen und

- 1 Verbraucher von Einschnitten verschont bleiben. Den eingeschlagenen Weg zur Verbesserung und
- 2 Neuaufstellung der Lebensmittelüberwachung werden wir weiter begleiten.

1 **Bildung**

2 Hamburg als kreative Stadt braucht Bildungs- und Betreuungsangebote, die allen Kindern und Ju-
3 gendlichen Chancen eröffnen und sie individuell fördern – und das unabhängig von den finanziellen
4 Möglichkeiten der Eltern. Bildung ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und damit ein
5 Grundpfeiler der Demokratie.

6 Eimsbüttel bietet ein vielfältiges Bildungs- und Betreuungsangebot. Von der Kita bis zur Universität
7 sind alle Bildungseinrichtungen vertreten. Bei der zukünftigen Entwicklung wollen wir mitwirken und
8 u.a. die Regionalen Bildungskonferenzen als wichtiges Instrument der Kommunikation und Bildungs-
9 koordinations fördern und weiter entwickeln.

10 Kitas und Grundschulen bilden die Grundlage für den weiteren Bildungserfolg von Kindern. Deshalb
11 ist es für uns wichtig, alle Kinder einzubeziehen. Unser Ziel ist, dass Kitas und Grundschulen eng ko-
12 operieren und als „Bildungshäuser“ auch den Eltern z.B. Erziehungshilfen und Sprachkurse anbieten
13 können.

14 Um gezielt Kinder- und Bildungsarmut sowie sozialer Ausgrenzung in der Gruppe entgegenzuwirken
15 gehört für uns ein kostenloses Frühstück in jeder Kita und in der Tagespflege dazu. Für diese Quali-
16 tätsentwicklung werden wir uns einsetzen.

17 Die Schaffung eines verlässlichen Bildungs- und Betreuungsangebotes an allen Grundschulen sehen
18 wir als einen wichtigen Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zur Vereinbarkeit von Beruf und
19 Familie. Die ganztägige Bildung und Betreuung werden wir weiterentwickeln, indem wir die Schulen
20 mit verschiedenen Trägern und Einrichtungen im Stadtteil zur Planung dauerhafter Kooperationen
21 zusammenbringen. Dabei setzen wir uns für eine Zusammenarbeit auf „Augenhöhe“ ein, so dass eine
22 regionale Bildungslandschaft entstehen kann.

23 Bei den weiterführenden Schulen in Eimsbüttel findet sich ein vielfältiges Angebot. Neben dem acht-
24 jährigen Gymnasium gibt es gute Stadtteilschulen, die alle Bildungsabschlüsse bis hin zum Abitur
25 nach neun Jahren anbieten. Wir bekennen uns ausdrücklich zu dieser Schulstruktur und wünschen
26 die Fortführung von G8 an den Gymnasien.

27 Gymnasien und Stadtteilschulen werden wir dabei unterstützen, Bildungszentren im Stadtteil zu wer-
28 den. Schulbibliotheken wollen wir zugleich als öffentliche Bibliotheken gestalten, um auf diese Weise
29 das Miteinander der Menschen im Stadtteil, auch das Miteinander von Jung und Alt, zu fördern.

30 Nach wie vor ist das Coming-out für junge Lesben und Schwule sehr schwierig. Wir wollen uns dafür
31 einsetzen, dass in den weiterführenden Schulen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für sie
32 benannt werden, um den Schutz vor Ausgrenzung und Diskriminierung sicherzustellen.

33 Die Unterstützung von Schulen und Kitas bei der Umsetzung der Inklusion auf Grundlage der UN-Be-
34 hindertenrechtskonvention ist uns ebenfalls ein wichtiges Anliegen. Diese Herkulesaufgabe darf nicht
35 auf Grund- und Stadtteilschulen beschränkt bleiben, auch Gymnasien sollen ihren Beitrag leisten. Zu-
36 dem wollen wir, dass Inklusion an Schulen und Kitas nicht nur gelingt, sondern in den Stadtteil aus-
37 strahlt. Die Wertschätzung und Anerkennung von Vielfalt und „Anderssein“ in allen Lebensbereichen
38 macht unsere Stadtteile reicher und menschlicher.

39 Wir betrachten Umweltbildung als eine der zentralen Aufgaben des Schullebens – letztlich geht es
40 um die Sicherung einer natürlichen und gesunden Lebenswelt für alle Menschen. Dabei kommt der
41 Nutzung außerschulischer Lernorte besondere Bedeutung zu.

- 1 Konkret wollen wir z.B. Patenschaften für öffentliche Grünflächen, Projekte zur ökologischen Schul-
- 2 hofgestaltung oder auch von Schülerinnen und Schüler durchgeführte Energiesparmaßnahmen an
- 3 Schulen anregen.
- 4 Schulflächen sollen nach unserem Willen nicht für schulfremde Zwecke bebaut werden, sondern
- 5 auch außerhalb der Schulzeit für Kinder und Jugendliche als Lebensraum zur Verfügung stehen.
- 6 Wir wollen den Einbau von Produktionsküchen an möglichst vielen Ganztagschulen erreichen, um
- 7 gesunde Ernährung als Lernziel an Schulen verankern zu können.
- 8 Die Sicherheit von Schulwegen wollen wir gemeinsam mit den Schulen und der Polizei überprüfen, da
- 9 das Ziel sein muss, dass Kinder und Jugendliche „ihren“ Schulweg allein meistern.

1 **Integration**

2 In Eimsbüttel leben und arbeiten viele Menschen mit Migrationshintergrund. Auch diesem Teil der
3 Bevölkerung soll die volle gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Dabei begreifen wir Integra-
4 tion als einen zweiseitigen Prozess.

5 Als zentrale Grundlage soll hierfür das bereits gemeinsam erarbeitete Konzept „Vielfalt in Eims-
6 büttel“ dienen. Zudem soll das interkulturelle Forum fortgeführt und konzeptionell weiterentwickelt
7 werden. Hierbei möchten wir Eimsbütteler Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund bei
8 Einbürgerung und Mitgestaltung unterstützen.

9 In einem bunten Eimsbüttel soll auch religiöse Vielfalt gelebt werden. Wir möchten die Unter-
10 stützung der unterschiedlichen religiösen Gemeinden in unserem Bezirk sicherstellen.

11 Zudem wollen wir uns dafür einsetzen, dass die unterschiedlichen Integrationsprojekte und die ver-
12 schiedenen Einrichtungen mit Angeboten für Migrantinnen und Migranten im Bezirk unterstützt und
13 gefördert werden.

14 Wichtig ist, dass betreffende Angebote nicht immer interkulturell sein müssen. Kulturelle Angebote
15 aus betreffenden Herkunftsländern können hinreichend Gegenstand der Integrationspolitik sein, um
16 die Teilhabe der Gruppen zu sichern und um die Willkommenskultur zu fördern. Das Ziel ist es, über-
17 greifend eine Gleichberechtigung aller kulturellen Gruppen in Eimsbüttel zu erreichen.

18 Neben Sportangeboten mit einem hohen Integrationspotential, soll auch die interkulturelle Arbeit im
19 Bezirk, z.B. der Interkulturellen Begegnungsstätte, weiterhin gefördert und gesichert werden.

20 Das Bezirksamt Eimsbüttel soll mit gutem Beispiel vorangehen und der kulturellen Vielfalt in Eimsbü-
21 ttel Rechnung tragen. Die einzelnen Handlungsfelder zur interkulturellen Öffnung und Antidiskrimi-
22 nierung sollen z. B. sein:

- 23 • Fortbildungen für interkulturelle Kompetenzen für die Beschäftigten des Bezirksamtes
- 24 • die schrittweise Einführung mehrsprachiger Webseiten, Broschüren und soweit möglich
- 25 Formulare

1 **Sport**

2 In wichtigen gesellschaftlichen Bereichen wie Integration, Bildung, Gesundheit und Lebensqualität
3 hat der Sport eine grundlegende Bedeutung. Sport ist integrativ, überwindet soziale Grenzen und
4 vermittelt zentrale gesellschaftliche Werte. Auch im Bereich der Inklusion kommt dem Sport zu-
5 nehmend eine wichtige Bedeutung zu. Daher spielt der Sport im kommunalpolitischen Handeln der
6 Koalitionspartner eine elementare Rolle – das Thema „Spiel-, Sport- und Aufenthaltsflächen“ gehört
7 sogar zu den bezirklichen Leitprojekten.

8 Die integrative Kraft des Sports und seine Prägung der Stadtteilkultur möchten die Koalitionspartner
9 weiter fördern.

10 1. **Weitere Verbesserung der bezirklichen Sportinfrastruktur**

11 In den letzten Jahren haben wir im Bezirk viel für den Sport erreicht: Die Lehrschwimm-
12 becken in Eidelstedt (Lohkampstraße), in Niendorf (Paul-Sorge-Straße) und in Rotherbaum
13 (Turmweg) blieben erhalten und wurden umfangreich saniert.

14 Viele moderne Kunstrasenplätze sind entstanden und wurden mit bezirklichen Mitteln ge-
15 fördert: beim TuS Germania Schnelsen am Riekbornweg, für den ETV an der Bundesstraße,
16 für den SC Victoria am Lokstedter Steindamm, für Eintracht Lokstedt an der Döhrnstraße, bei
17 Grün-Weiß Eimsbüttel auf der Sportanlage Tiefenstaaken und zuletzt für den HEBC an der
18 Tornquiststraße.

19 Weitere Sanierungs- und Umgestaltungsmaßnahmen sind in Vorbereitung bzw. in Arbeit:

20 1.1 Die Koalitionspartner setzen sich für die zügige Realisierung der seit längerer Zeit geplanten
21 Umgestaltungen (neue Kunstrasenplätze und Umkleidebereiche)

- 22 • am **Furtweg in Eidelstedt** und
- 23 • am **Niendorfer Bondenwald**

24 ein.

25 1.2 Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass die **Sportanlage an der Gustav-Falke-Straße**
26 in einen Kunstrasenplatz umgewandelt wird. Auf Initiative der Koalitionspartner wurde im
27 Mai 2014 ein Weg aufgezeigt, wie mit Sportstättenanierungsmitteln, bezirklichen Sonder-
28 mitteln sowie finanzieller Beteiligung der Sportvereine (FC Alsterbrüder / ETV) und der um-
29 liegenden Schulen eine Gesamtfinanzierung des Vorhabens gelingen kann. Die Koalitions-
30 partner arbeiten mit allen Akteuren weiter an der Umsetzung des Vorhabens.

31 1.3 Für den **Sport in Stellingen** zeichnet sich eine attraktive Perspektive ab: Auf dem Gelände
32 des jetzigen Informatikums sollen nach dessen Verlagerung neue Kunstrasenplätze entste-
33 hen. Die Koalitionspartner unterstützen dieses Vorhaben und treten für die frühzeitige Ein-
34 bindung der nutzenden Vereine bei den Planungen ein.

35 1.4 Für anstehende Investitionen in Sportstätten ist das neue **Fachamt Bezirklicher Sport-**
36 **stättenbau** Hamburg-Mitte zuständig, das bezirksübergreifend einen jährlichen Handlungs-
37 plan sowie einen zweijährigen Maßnahmenplan erarbeitet. Grundlage für die Vorschläge ist
38 ein **baulicher Zustandsbericht** sowie Prioritätensetzungen in den einzelnen Bezirken. Die
39 Koalitionspartner begrüßen diese Vorgehensweise auf Grundlage objektiver Kriterien und
40 fordern eine regelmäßige Kontrolle und transparente Aktualisierung des Berichts über den
41 baulichen Zustand öffentlicher Sportanlagen (Soll-Ist-Abgleich).

- 1 1.5 Der Handlungsplan des Fachamtes wird von einem „**Beirat Bezirklicher Sportstättenbau**“ be-
 2 schlossen, der 2013 eingerichtet wurde. In diesem Beirat sitzen Vertreter des Fachamtes Be-
 3 zirklicher Sportstättenbau, des Sportamtes, des HSB und auch der Hamburger Bezirksver-
 4 sammlungen. Die Maßnahmenplanung für Eimsbüttel wurde bisher einvernehmlich und in
 5 enger Abstimmung zwischen den Eimsbütteler Vertretern im Beirat, dem bezirklichen Sport-
 6 referat und dem für Sport zuständigen bezirklichen Ausschuss vorgenommen. Die Koalitions-
 7 partner treten weiter für eine transparente und enge Abstimmung mit allen Akteuren bei der
 8 bezirklichen Maßnahmenplanung ein.
- 9 1.6 In der Hamburger Dekadenstrategie „HAMBURGmachtSPORT“ nimmt sich die Stadt vor, bis
 10 Ende der Dekade seine staatlichen Sportanlagen saniert und leistungsgerecht ausgestattet zu
 11 haben. Die Umsetzung der Sanierung der Sportanlagen wird vom Beirat Bezirklicher Sport-
 12 stättenbau begleitet. Die bisher bereitgestellten Mittel haben schon zu einer deutlichen Stei-
 13 gerung des baulichen Zustandes der öffentlichen Sportanlagen beigetragen. Die Koalitions-
 14 partner werben dafür, dass die **Sanierung der öffentlichen Sportstätten** auch im Jahr 2016
 15 (und darüber hinaus) fortgesetzt werden kann und die **entsprechenden Haushaltsmittel** in
 16 gleicher Höhe wie 2015 fortgeschrieben werden.
- 17 2. Sport muss bezahlbar sein. Deshalb treten die Koalitionspartner weiter dafür ein, dass die
 18 Nutzung der **Sportstätten für die Vereine entgeltfrei** bleibt. Wir begrüßen das Engagement
 19 von Vereinen bei Neubau-, Sanierungs- und Pflegemaßnahmen auf vereinseigenen Anlagen.
- 20 3. Die Koalitionspartner setzen sich für **Programme wie „Kids in die Clubs“** ein, damit alle Be-
 21 völkerungsgruppen unabhängig von ihrer finanziellen Situation ihre Kinder an Sportaktivi-
 22 täten im Verein teilnehmen lassen können.
- 23 4. **Enge Kooperationen zwischen Sportvereinen und Schulen** werden im Zuge der Auswie-
 24 tungen der Ganztagschul-Angebote immer wichtiger. Im Bezirk haben wir hier schon einige
 25 gelungene Beispiele. Wir wollen weiter behilflich sein, die Schulen mit den in den Stadtteilen
 26 verankerten Sportvereinen zusammenzubringen und passende Kooperationsmodelle zu ent-
 27 wickeln. Schule und Kooperationspartner sollen sich auf Augenhöhe begegnen. Wir treten
 28 auch für die Einbindung kleinerer Vereine in die Ganztägig Betreute Schulen (GBS) ein.
- 29 5. Sport findet nicht nur in Vereinen und auf öffentlichen Sportanlagen statt, sondern beispiele-
 30 weise auch auf Bolzplätzen, Laufstrecken oder Trimm-Dich-Pfaden. 2009 wurde das Thema
 31 **„Bezirkliche Spiel-, Sport- und Aufenthaltsflächen“** zu einem der bezirklichen Leitprojekte.
 32 Gerade da Eimsbüttel stärker als andere Bezirke besiedelt ist, besteht ein großer Bedarf an
 33 wohnortnahen Erholungsmöglichkeiten und gepflegten Spiel-, Sport- und Aufenthaltsflächen.
 34 Die Angebote müssen auch den unterschiedlichen Bedürfnissen von Jung und Alt, Kindern
 35 und Jugendlichen, Mädchen und Jungen entsprechen. Die Koalitionspartner setzen sich dafür
 36 ein, dass sich in den nächsten Jahren ein Workshop der Bezirklichen Entwicklungsplanung
 37 dem Thema „Bezirkliche Spiel-, Sport- und Aufenthaltsflächen“ widmet.
- 38 6. Die Bezirksversammlung Eimsbüttel zeichnet jährlich Sportlerinnen und Sportler aus dem Be-
 39 zirk im Rahmen einer **Sportlerehrung** aus und stellt hierfür bezirkliche Mittel bereit. Neben
 40 erfolgreichen Sportlerinnen und Sportlern jeden Alters werden hierbei auch Ehrenamtliche
 41 aus dem Sport ausgezeichnet. Wir wollen das erfolgreiche Format der Sportlerehrung fort-
 42 setzen und ausweiten. Die Koalitionspartner nehmen sich vor, **künftig auch Inklusionsarbeit**
 43 **im Rahmen der Sportlerehrung zu würdigen.**

1 Jugendhilfe

2 Unsere Kinder sind unsere Zukunft und deshalb gehört den Lebensbedingungen von Kindern und Ju-
3 gendlichen unsere besondere Aufmerksamkeit. Alle Kinder haben das Recht auf schützende und för-
4 dernde Bedingungen für ihre Entwicklung, aber nicht alle Kinder finden diese Bedingungen vor – des-
5 halb sind wir als Bezirkspolitik in der Pflicht. Weil diese schützenden und fördernden Bedingungen
6 von Anfang an gewährleistet sein müssen, werden wir uns für die Stärkung und den Ausbau der Frü-
7 hen Hilfen, insbesondere der erfolgreichen Arbeit der Familienhebammen in Eimsbüttel, einsetzen.
8 Diese niedrigschwelligen Angebote in einer sehr frühen Lebensphase stellen neben den anderen
9 Maßnahmen im Bereich Frühe Hilfen einen nachhaltigen Beitrag zum Kinderschutz dar, weil Mängel
10 in der Versorgung und Entwicklung frühzeitig erkannt und behoben werden können.

11 Die Koalitionspartner begrüßen in diesem Zusammenhang ausdrücklich das Vorhaben des Senates,
12 den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) in den Bezirken personell und qualitativ zu verstärken. Es ist
13 uns wichtig, dass die Personalfuktuation verringert und die Belastungssituation für die Mitarbei-
14 terinnen und Mitarbeiter verbessert wird. Die fachliche Debatte über die Rahmenbedingungen der
15 Arbeit des ASD werden wir weiter verfolgen und auswerten. Wir werden in dieser Wahlperiode
16 weiterhin im Jugendhilfeausschuss besondere Fälle von Kindeswohlgefährdung prüfen und begleiten.

17 Im Rahmen der Stärkung des Kinderschutzes durch U-Untersuchungen unterstützen die Koalitions-
18 partner alle Maßnahmen, die zu einer verbindlichen Verbesserung der Lebensumstände der Kinder
19 führen. Hier werden wir uns bei den entsprechenden Gremien dafür stark machen, dass neben den
20 Kriterien für die gesunde physische Entwicklung von Kindern auch Kriterien für eine gesunde psy-
21 chische Entwicklung in die U-Untersuchungen aufgenommen werden.

22 Wir werden uns für eine verbesserte Kooperation von vorschulischen und schulischen Bildungsein-
23 richtungen einsetzen. Dies gilt insbesondere beim Übergang in die Grundschule z.B. bei der gemein-
24 samen Durchführung von Viereinhalbjährigen- Untersuchungen durch Kitas und Schulen.

25 Die Koalitionspartner begrüßen die erfolgreiche Zusammenarbeit von freien Trägern der Jugendhilfe
26 mit Eimsbütteler Schulen im Rahmen des Konzeptes "Ganztägig Betreute Schulen" (GBS). Die Weiter-
27 entwicklung der Qualität von Ganztagschulen in Eimsbüttel unter Beteiligung der freien Träger der
28 Jugendhilfe und des Bezirklichen Eltern-Ausschusses (BEA) wird von den Koalitionspartnern eingefor-
29 dert und unterstützt.

30 Ein wichtiges Thema für die Koalitionspartner stellt „Inklusion“ dar. Eine gleichberechtigte Teilhabe
31 aller Kinder an Bildungseinrichtungen muss gewährleistet sein, ohne dass dabei eine Gruppe ins Hin-
32 tertreffen gerät. Eltern sollen in die Planung und Durchführung aller Maßnahmen aktiv einbezogen
33 sein. Ebenso setzen sich die Koalitionspartner für gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen zum
34 Thema „Inklusion“ von allen in der Schule tätigen Kräften (inklusive der Mitarbeiterinnen und Mitar-
35 beiter der Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit) ein.

36 Der eigenständige Charakter der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und die besonderen pädago-
37 gischen Chancen außerschulischer Bildung dürfen nicht zur Disposition gestellt werden. Die Angebote
38 und Möglichkeiten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind neben und in der Schule wichtige
39 Pfeiler erfolgreicher Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Eimsbüttel, die es zu schützen gilt. Des-
40 halb werden die Koalitionspartner alles dafür tun, dass diese Angebote der Offenen Kinder- und Ju-
41 gendarbeit in Zukunft von finanziellen Einschnitten verschont bleiben.

42 Auch als Basis für die sozialräumlichen Hilfsangebote ist eine verlässliche Finanzierung der Offenen
43 Kinder- und Jugendarbeit unabdingbar.

- 1 Wir werden Einrichtungen fördern und weiterentwickeln, die Familien bei der Bewältigung ihres Er-
2 ziehungsauftrages unterstützen. Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass bei allen notwen-
3 digen Umstrukturierungen im Bereich der Familienförderung und Familienhilfe, z.B. bei der ge-
4 planten Umstrukturierung der Erziehungsberatungsstellen, pädagogische und soziale Überlegungen
5 immer den Vorrang haben müssen.
- 6 Jugendliche in Eimsbüttel brauchen darüber hinaus Räume in der Öffentlichkeit, die ihnen die Mög-
7 lichkeit des Zusammenkommens ermöglichen. Diese können auch pädagogisch nicht betreute Orte
8 (z.B. sog. Unterstände) sein, die lediglich regelmäßig auf ihre Sauberkeit hin überprüft werden.
- 9 Bei der Vergabe von bezirklichen Sondermitteln werden wir weiterhin Projekte für Kinder und Ju-
10 gendliche bevorzugt berücksichtigen. So werden wir beispielsweise die Finanzierung des Eimsbütteler
11 Kinderferienprogramms weiterhin absichern. Als eine Grundlage für mögliche Förderungen soll in der
12 nächsten Wahlperiode eine systematische Jugendhilfeplanung erstellt werden.
- 13 Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planungen und Vorhaben im öffentlichen Bereich
14 ist finanziell so abzusichern, dass sie die Möglichkeit erhalten, ihre Vorstellungen in die Bezirkspolitik
15 einzubringen. Dabei ist das Ziel der Koalitionspartner, die Einrichtung einer eigenen kontinuierlichen
16 Vertretung für Jugendliche in Eimsbüttel zu schaffen.

1 Soziales

2 Eine engagierte Sozialpolitik ist unverzichtbar, um das gelingende Miteinander von Arm und Reich so-
3 wie Menschen unterschiedlicher Herkunft oder Hautfarbe zu erhalten und die Lebensbedingungen
4 derjenigen, die Hilfe benötigen, zu verbessern.

5 Dies ist uns ein besonderes Anliegen. Wir werden deshalb bestehende Konzepte und Projekte weiter-
6 entwickeln und im Rahmen der Möglichkeiten ausbauen.

7 Aktiv und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, das wollen auch die älteren Men-
8 schen in den Stadtvierteln. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass der bezirkliche Seniorenbeirat an
9 allen politischen Entscheidungen des Bezirks mitwirken kann. Wir werden ihn weiterhin eng in die
10 Entwicklung und Umsetzung seniorenspezifischer Maßnahmen einbinden.

11 Für ältere Menschen ist es wichtig, dass sie eine Infrastruktur vorfinden, in der sie sich frei und sicher
12 bewegen können. Daher setzen wir uns für mehr öffentliche Toiletten und seniorengerechte Bänke
13 ebenso ein, wie für den weiteren Ausbau der Barrierefreiheit bei U-Bahnhöfen, öffentlichen Ge-
14 bäuden und Parkanlagen.

15 Die „Seniorentreffs“ entwickeln wir behutsam zu nachbarschaftlichen, generationenübergreifenden,
16 interkulturellen Begegnungs- und Unterstützungszentren weiter.

17 Da gerade das Älterwerden in den eigenen vier Wänden eine immer größere Rolle spielt, werden wir
18 neue, innovative Wohnformen wie Wohnpflegegemeinschaften (z.B. Demenz-WGs) und seniorenge-
19 rechten Wohnraum fördern.

20 Wir werden uns in der kommenden Wahlperiode zudem weiterhin dafür einsetzen, dass die Inhalte
21 des Eimsbütteler Seniorenleitbildes umgesetzt und fortwährend weiterentwickelt werden.

22 Verschiedene Projekte und Quartiershäuser wurden in den letzten Jahren mithilfe der Quartiersfonds
23 im Bezirk finanziert. Diese soziale Stadtteilpolitik soll fortgeführt werden. Zudem setzen wir uns zum
24 einen für die Verstetigung der Finanzierung solcher Häuser ein. Zum zweiten sollen diese öffentlichen
25 Quartierszentren konzeptionell weiterentwickelt werden. Hier sehen wir auch die Möglichkeit eine
26 Bandbreite an unabhängigen Beratungsangeboten anzusiedeln, die einen wichtigen Beitrag dazu
27 leisten können, dass diejenigen Menschen im Bezirk, die Unterstützung benötigen, frühzeitig Zugang
28 zu sozialen sowie sozialrechtlichen Hilfsangeboten finden.

29 Ebenfalls möchten wir schrittweise erreichen, dass der Versorgungsbedarf für Obdachlose gedeckt
30 wird und Angeboten für Obdachlose in unserem Bezirk vorgehalten werden. Insbesondere die
31 Tagesaufenthaltsstätte in der Bundesstraße und die Kemenate leisten in unserem Bezirk hierbei eine
32 unverzichtbare Arbeit, die wir weiter unterstützen werden.

33 Die ehrenamtliche Arbeit ist eine wichtige Säule des Zusammenhalts unserer Gesellschaft. Deshalb
34 wollen wir, dass das ehrenamtliche Engagement auch weiterhin durch die Verleihung des Bürger-
35 preises gewürdigt und gefördert wird.

36 Die Eimsbütteler Mittel des Quartiersfonds werden wir vornehmlich in ehemaligen und aktuellen
37 Fördergebieten der Stadtteilentwicklung sowie in sog. Verdachtsgebieten für die Sicherung und
38 Weiterentwicklung der Strukturen in der Stadtteilarbeit sowie der Stadtteil- und Quartiersent-
39 wicklung einsetzen.

1 **Flüchtlingsunterbringung**

2 Auch in den nächsten Jahren werden viele Menschen, die zum Beispiel vor Krieg und Verfolgung auf
3 der Flucht sind, bei uns Zuflucht suchen. Die Unterbringung der wachsenden Anzahl der Flüchtlinge
4 ist für Hamburg eine anspruchsvolle, aber auch lösbare Aufgabe. Eimsbüttel hat in der vergangenen
5 Wahlperiode einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Schaffung neuer Unterbringungsplätze ge-
6 leistet. Die Koalition wird ihre Verantwortung gegenüber der Stadt und den zu uns fliehenden Men-
7 schen auch weiterhin wahrnehmen. Dabei orientiert sie sich am Strategiepapier zur Zentralen Erst-
8 aufnahme und öffentlich-rechtlichen Unterbringung im Bezirk Eimsbüttel vom Februar 2014. Wir
9 wollen dabei wenn möglich feste Unterkünfte finden. Container-Dörfer sollten die Ausnahme
10 bleiben. Wenn zukünftig Unterkünfte für Flüchtlinge in festen Häusern erstellt werden, wollen wir
11 sicherstellen, dass die geschaffenen Kapazitäten in diesem Umfang auch langfristig für öffentliche
12 Unterbringung (z.B. für Wohnungslose) oder andere Sonderwohnformen zur Verfügung stehen. Dort,
13 wo sich Wohnunterkünfte für Flüchtlinge befinden oder neu entstehen, werden wir ehrenamtliches
14 Engagement besonders fördern und helfen, die Lebensqualität von in unserem Bezirk lebenden
15 Flüchtlingen zu steigern.

1 Gesundheit

2 Die Koalitionspartner stimmen darin überein, dass ein wesentlicher Bestandteil ihrer Politik eine
3 aktive Gesundheitsfürsorge für die Menschen in Eimsbüttel sein soll.

4 Gesundheit ist in allen Lebensphasen ein wichtiges Gut. Daher wollen wir sowohl für Kinder- und
5 Jugendliche, wie auch für ältere und alte Menschen bezirkliche Gesundheitsprogramme entwickeln.
6 Wir wollen eine integrierte Gesundheitsversorgung, in deren Mittelpunkt der Mensch und sein so-
7 ziales Umfeld stehen und bei der alle ambulanten und stationären Leistungsanbieter zusammenar-
8 beiten. Besonderes Augenmerk werden wir auf die Prävention im Bereich der Kleinkinder und auf die
9 Versorgung und Betreuung älterer Menschen legen, und dabei

- 10 • die Einrichtung einer Säuglingsambulanz in Eimsbüttel prüfen,
- 11 • verbesserte Kontrollen der Wahrnehmung der frühen und späteren U-Untersuchungen bei
12 Kindern und Jugendlichen anregen, vorhandenen Programme zur Förderung von Bewegung
13 und gesunder Ernährung in Kitas und Schulen stärken, den Breitensport für Jung und Alt
14 fördern
- 15 • und die Pflegestützpunkte stärken und bei Bedarf möglichst ausbauen.

16 Niedrigschwellige Beratungsangebote für verschiedene Krankheitsbilder und soziale Nöte wollen wir
17 weiterentwickeln und stärken. Hierbei ist es uns wichtig gruppenspezifische Hemmnisse abzubauen,
18 z.B. für Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Beeinträchtigung.

19 Die erfolgreiche Erstellung von Flyern, in denen die Beratungs- und Hilfemöglichkeiten bei be-
20 stimmten Problemen, wie z.B. psychischen Erkrankungen, Demenz, Altersdepression, Medikamenten-
21 abhängigkei, Burn Out, Messi-Dasein u.a., soll weiter betrieben werden. Ebenso sollen die Veranstal-
22 tungsreihen zu diesen Krankheiten und Problemen fortgesetzt werden.

23 Auf den bezirklichen Gesundheitskonferenzen sollen die wichtigen Themen der Gesundheitsför-
24 derung aufgegriffen werden und die jeweiligen Akteure so eingebunden werden, dass eine stabile
25 Vernetzung hergestellt werden kann.

26 Der bezirkliche Suchtbeirat soll seine Arbeit wieder aufnehmen und die bestehenden Angebote
27 gestärkt und notwendige neue initiiert werden.

28 Die regelmäßige Überprüfung des Gesundheitszustandes der Menschen in Eimsbüttel soll durch be-
29 zirkliche Gesundheitsberichte gewährleistet werden.

30 Die Herausforderungen des demografischen Wandels dürfen nicht übersehen werden. Hierbei tritt
31 die erhöhte Anzahl der Demenzerkrankungen immer mehr in den Mittelpunkt. Wir möchten die
32 Handlungsfähigkeit des Bezirkes hierbei nachhaltig verbessern. Es soll ein Konzept entwickelt werden,
33 wie die Versorgung von Demenzerkrankten und ihren Familien in den nächsten Jahren sichergestellt
34 und eine höhere Anzahl der Erkrankten bzw. Pflegebedürftigen bewältigt werden kann.

1 **Frauen**

2 Noch immer gibt es ein Gefälle bei den ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen der Ge-
3 schlechter, wie die Ergebnisse von Untersuchungen zu den Themen Mehrfachbelastung von Frauen,
4 Altersarmut von Frauen, Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen und Ungleichheit der
5 Bezahlung von Frauen und Männern immer wieder deutlich belegen. Hamburg bildet dabei keine
6 Ausnahme.

7 Wir setzen uns dafür ein, dass der Bezirk Eimsbüttel auf Grundlage einer Befragung analog der Senio-
8 renbefragung einen Frauenbericht erstellt, der Aufschluss über die soziale und ökonomische Situa-
9 tion von Frauen im Bezirk gibt. Zudem soll der Frauenbericht ausdrücklich auch die Situation in der
10 eigenen Verwaltung, sowie den halbstaatlichen Einrichtungen (z. B. Kindertagesstätten) wider-
11 spiegeln. Die im Bezirk Eimsbüttel verankerten Beratungsstellen für Frauen und Mädchen, besonders
12 auch solcher mit Migrationshintergrund, wollen wir weiter unterstützen, erhalten und dafür sorgen,
13 dass sie nicht von Einschränkung des Angebotes oder Schließung bedroht werden.

1 **Inklusion / Gleichstellung**

2 Die Kernelemente der Gleichstellungspolitik der Koalition sind Chancengleichheit, Selbstbestimmung
3 und soziale Gerechtigkeit. Das bedeutet, dass wir uns dafür einsetzen werden, die Rahmenbe-
4 dingungen zu schaffen, die jeder Bürgerin und jedem Bürger die selbstbestimmte Teilhabe in allen
5 Lebensbereichen ermöglicht. Wir sehen Gleichstellung als Querschnittsaufgabe. Unsere umfassende
6 Gleichstellungsperspektive schließt die Gleichstellung der Geschlechter, der Menschen mit Beein-
7 trächtigungen, der Menschen mit Migrationshintergrund und der Lesben, Schwulen und Transgender
8 in allengesellschaftlichen Bereichen ein.

9 Wir möchten daran weiterarbeiten, dass die Barrierefreiheit für Menschen mit Beeinträchtigungen
10 volle Anwendung findet. Der Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention beschreibt dieses
11 Ziel: „Dem Grundsatz der Zugänglichkeit / Barrierefreiheit kommt bei der Umsetzung der UN-
12 Konvention eine Schlüsselfunktion zu. Es geht darum, Barrieren und Zugangshindernisse aller Art, die
13 behinderte Menschen an der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben hindern können, zu identifizieren
14 und systematisch abzubauen. Gemeint sind dabei Barrieren baulicher Art, aber auch Barrieren bzw.
15 Hindernisse im Bereich Kommunikation und Information sowie im Kontakt von Menschen unterein-
16 ander („Barrieren in den Köpfen“).“ Handlungsfelder hierbei sind u.a. weiterhin die barrierefreie
17 Gestaltung öffentlicher Räume, der barrierefreie Zugang zu öffentlichen Gebäuden, öffentlichen
18 Dienstleistungen und zum öffentlichen Nahverkehr, barrierefreie Formulargestaltung und Informa-
19 tion, Schaffung von mehr barrierefreiem bzw. barrierearmem Wohnraum. Um das Ziel des Landesak-
20 tionsplan nach einer stärkeren Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen gerecht zu werden,
21 wollen wir mit den hier tätigen Verbänden und Selbsthilfeorganisation prüfen, ob die Einrichtung
22 eines Inklusionsbeirates im Bezirk Eimsbüttel eine geeignete Maßnahme wäre, wie die Ausgestaltung
23 erfolgen sollte und dass sie zur Mitarbeit bereit sind.

1 **Wirtschaft und Arbeit**

2 Eimsbüttel verfügt über große Betriebe und Unternehmen, die mit ihren vielen Arbeits- und Ausbil-
3 dungsplätzen und ihrer Wertschöpfung den Bezirk zu einem wichtigen Wirtschaftsstandort machen.
4 Auch zahlreiche mittelständische und kleine Unternehmen, Gewerbe- und Handwerksbetriebe sowie
5 ein attraktiver Mix an Einzelhandelsgeschäften, Restaurants und Kneipen prägen den Bezirk. Die kon-
6 struktive Zusammenarbeit mit den Betrieben vor Ort, die Verbesserung ihrer Standortbedingungen
7 und die Berücksichtigung ihrer Interessen bei der öffentlichen Planung bilden die Voraussetzung für
8 erfolgreiches wirtschaftliches Handeln. Daher soll die Eimsbüttler Wirtschaftsförderung erhalten
9 bleiben und die begonnenen Wirtschaftskonferenzen, die dem Erfahrungsaustausch, der Netzwerk-
10 bildung und der Anregung für gemeinsame Projekte dienen, werden wir fortsetzen und -entwickeln.

11 Auch auf lokaler Ebene wollen wir unsere Unternehmen dabei unterstützen nachhaltig zu wirtschaft-
12 ten. Dabei geht es uns nicht nur um einen Betrag zur Reduzierung von Ressourcenverbrauch und
13 Emissionen, sondern auch ganz konkret um die Verbesserung unseres lokalen Lebensraumes. Wir
14 wollen in der kommenden Wahlperiode konkrete Konzepte zur Förderung von nachhaltigen Innova-
15 tionen im Bezirk erarbeiten. So könnte durch die Bezirksversammlung beispielsweise ein Wettbewerb
16 initiiert werden, der Betriebe auszeichnet, die ökologische Innovationen im Bereich des täglichen
17 Bedarfes in Eimsbüttel konzipieren und realisieren.

18 Der Bezirk Eimsbüttel bietet dank eines großen Anteils kleiner und mittlerer Unternehmen und
19 zahlreichen kleineren Geschäften vielfältige Arbeitsangebote. Diese Unternehmen sichern durch
20 geregelte und tariflich entlohnte Arbeitsverhältnisse einen Teil des Wohlstands in unserem Bezirk. Es
21 gilt, die hier ansässigen Betriebe in ihrem Bestand und im Hinblick auf Erweiterungsmöglichkeiten
22 durch ausreichende Ausweisung geeigneter Gewerbeflächen zu sichern.

23 Mischgebiete müssen verstärkt neben reinen Gewerbegebieten und reinen Wohngebieten möglich
24 sein. Es ist uns wichtig, dass Arbeit und Wohnen verträglich miteinander verbunden wird. Das be-
25 deutet für uns eine zukunftsfähige Stadtentwicklung.

26 Wohnungsnahe Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen – vom Schuster bis zum Friseur –
27 machen den Alltag angenehm. Wir wollen Einkaufszentren, die den Bürgerinnen und Bürger eine
28 Nahversorgung bieten, stärken. Hier setzen wir auf die Unterstützung durch lokales Quartiersmana-
29 gement.

30 Die bezirklichen Wochenmärkte sind für das gesellschaftliche und ökonomische Leben der Eimsbü-
31 telerinnen und Eimsbütteler von großer Bedeutung und sollen nach unserem Willen in öffentlicher
32 Hand bleiben. Wir wollen die Möglichkeiten der Gestaltung der Wochenmärkte im Sinne der Men-
33 schen in Eimsbüttel nutzen.

1 **Kultur in Eimsbüttel**

2 Das kulturelle Leben in Eimsbüttel ist vielfältig. Ganz unterschiedliche Richtungen und Genres prägen
3 den Bezirk. Die Koalition will diesen Mix aus Hochkultur, Off-Kultur und Stadtteilkultur erhalten und
4 fördern.

5 **Stadtteilkultur und Stadtteilkulturzentren**

6 Die Bürgerhäuser und Stadtteilkulturzentren möchten wir weiterhin stärken. Darüber hinaus sollen
7 aber auch mehr Finanzmittel für kleinere Kulturprojekte zur Verfügung gestellt werden. Die Koalition
8 setzt sich deshalb für die Erhöhung der Rahmenezuweisungen an den Bezirk Eimsbüttel im nächsten
9 Doppelhaushalt der Landesebene unter Einbeziehung der in Eimsbüttel ansässigen Zuwendungsem-
10 pfänger ein.

11 Unsere Kriterien für die Vergabe der Stadtteilkulturmittel möchten wir im Hinblick darauf, dass ver-
12 mehrt neue, kleine innovative Kulturprojekte gefördert werden, überarbeiten.

13 Zur besseren Vernetzung der Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen im Bezirk entwickeln wir
14 ein Format für ein Netzwerktreffen.

15 Das Hamburg Haus soll auch zukünftig als wichtiger Kultur-Treff in Eimsbüttel erhalten bleiben. Wir
16 wollen sicherstellen, dass die „Plattdeutsche Bühne“ dort ihre Spielstätte erhalten kann.

17 Das neue Gemeinschaftshaus in Stellingen soll auch Kulturzentrum für das Quartier werden.

18 **Erinnerungskultur**

19 Der in der letzten Wahlperiode initiierte Monat des Gedenkens ist gut in Eimsbüttel angenommen
20 werden. Die Koalition spricht sich für die Fortsetzung des Monats des Gedenkens aus. Der Monat des
21 Gedenkens soll vom Bezirk unterstützt werden.

22 Die Koalitionspartner setzen sich im Rahmen der Uni-Erweiterung für den Erhalt der Museen am
23 Martin-Luther-King-Platz ein. Die Museen sollten in den Uni-Neubau oder in das Umfeld einbezogen
24 werden.

25 **Denkmalschutz**

26 Die Koalition unterstützt und befördert die aktuellen Planungen für die Mutzenbecher- und die
27 Amsinck-Villa.

28 Bei Bauvorhaben / Abrissanfragen in denen es zu Konflikten mit dem Denkmalschutz kommt werden
29 wir dafür sorgen, dass die Politik im Vorwege informiert und an Entscheidungen beteiligt wird. Dazu
30 werden rechtzeitig gemeinsame Gespräche mit den betroffenen Eigentümerinnen und Eigentümer /
31 Projektentwicklung, dem Denkmalschutzamt, der Bezirksamtsleitung und ggf. weiteren Vertre-
32 terinnen und Vertretern des Bezirksamtes sowie Vertreterinnen und Vertretern der einschlägigen po-
33 litischen Ausschüsse geführt.

34 **Inklusion**

35 Damit Eimsbüttels Kulturangebote auch Menschen mit Behinderung zugänglich werden, wollen wir
36 uns in dieser Wahlperiode intensiver mit dem Thema Inklusion beschäftigen.

37 Im Rahmen der Stadtteilkulturförderung wollen wir auch inklusive Angebote, z.B. das Dolmetschen in
38 Gebärdensprache, unterstützen.

1 Kerngebiet

2 Das Kerngebiet von Eimsbüttel ist gekennzeichnet durch seine große Bevölkerungsdichte, die seine
3 Attraktivität durch Vielfalt und lebendiges Miteinander ausmacht. Es ist auch die Heimat der wieder
4 wachsenden jüdischen Gemeinde in Hamburg, die wir unterstützen und fördern.

5 Die Grünflächen und Parks im dicht gedrängten Kerngebiet sind für den Ausgleich und die Erholung
6 besonders wichtig und brauchen nachhaltige Pflege und Aufmerksamkeit, um dem hohen Nutzungs-
7 druck standzuhalten. Der Schutz des Alstervorlandes ist dabei ein herausragendes überregionales
8 Anliegen, und die bisherigen Maßnahmen und Kriterien bedürfen einer neuerlichen Überprüfung.

9 Den Wehbers-Park wollen wir verschönern und das in ihm liegende Hamburg-Haus soll in seiner
10 Funktion als Stadtteilzentrum für Jung und Alt ausgebaut werden.

11 Der ganze Eimsbütteler Grünzug soll genügend Bänke und kleinere Attraktivitätssteigerungen er-
12 halten und für den Unna-Park soll endlich eine Toilettenlösung gefunden werden.

13 Bürgerbeete auf Baumscheiben und im Straßenbegleitgrün unterstützen wir unbürokratisch.

14 Am Isebekufer begleiten wir den neuen Anlauf, gemeinsam mit allen Akteuren den Bürgerentscheid
15 zur naturnahen Gestaltung des Parks umzusetzen und zugleich eine sichere Fortbewegung auf den
16 Rad- und Fußwegen herzustellen. Die Neugestaltung des U-Bahnhofplatzes wird Teil des Projektes
17 sein.

18 Auch die Spiel- und Sportplätze müssen ertüchtigt werden. Insbesondere soll der Sportplatz an der
19 Gustav-Falke-Straße auch mit unserer Unterstützung ein Kunstrasenfeld bekommen.

20 Das Wohnen im Stadtteil ist hochattraktiv und führt leider zu Verteuerung und Verknappung des
21 Wohnraums. Dem wollen wir durch behutsame Nachverdichtung, möglichst durch sozialen Woh-
22 nungsbau und durch die Förderung eines ausgeglichenen Verhältnisses von Eigentums- und Miet-
23 wohnungen entgegensteuern. Dazu gehört auch die Umsetzung der Sozialen Erhaltungsverord-
24 nungen Hoheluft-West und Eimsbüttel-Nord.

25 Die Einkaufsmöglichkeiten können noch verbessert werden, so z.B. durch den Erhalt der vielfältigen
26 Einkaufsmöglichkeiten im Grindelhof durch verkehrsberuhigende Maßnahmen und die Aufwertung
27 der westlichen Seite der Hoheluftchaussee. Die beliebten Wochenmärkte am Schlump und an der
28 Grundstraße prägen den Stadtteil und brauchen Unterstützung und Stärkung. Hierher gehört auch
29 die Diskussion um die Veränderung der Marktzeiten und die Erstellung eines Switchpoints an der U-
30 Bahn Schlump, den wir grundsätzlich unterstützen.

31 Ein Ärgernis für alle Bürgerinnen und Bürger sind die Rosa Müllbeutel auf den Straßen des
32 Kerngebiets. An der Beseitigung dieses schwierigen Problems werden wir mit aller Kraft arbeiten.

33 Die Osterstraße umzugestalten, ist ein zentrales Vorhaben der nächsten Jahre. Die Koalitionspartner
34 sehen das erfolgte Beteiligungsverfahren als wichtige Voraussetzung einer erfolgreichen Umgestal-
35 tung. Der Konflikt zwischen Rad- und Fußverkehr soll aufgelöst werden, indem der Radverkehr auf
36 Radfahr- oder Schutzstreifen auf die Fahrbahn verlegt wird. Die Herstellung von Barrierefreiheit und
37 die Neuordnung des ruhenden Verkehrs sollen die Aufenthaltsqualität erhöhen. Der Verkehrsfluss
38 auf der Osterstraße sollen durch die baulichen Maßnahmen an die Bedürfnisse insbesondere der
39 Fußgänger angepasst werden. Die statistische Auswertung aller Vorschläge bildet die Voraussetzung
40 für die Umsetzung.

- 1 Dabei hat sich ein großer Bedarf herausgestellt die andere Straßenseite zu erreichen. Daher unter-
2 stützen wir die Planungsansätze, für schmalere Fahrbahnen an den Kreuzungen und Möglichkeiten
3 zur Überquerung der Osterstraße abseits der Kreuzungen.
- 4 Die wesentlichen städtebaulichen Planungen für die anstehenden Universitätsbauten sind abge-
5 schlossen. In der weiteren Planung zur Umsetzung der baulichen Universitätsentwicklung wollen wir
6 weiterhin den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere zur Gestaltung von Wegen und
7 Plätzen.
- 8 Mittelfristig müssen wir uns dem Uni-Standort Von-Melle-Park zuwenden und hier neuen Raum
9 schaffen, wobei wir das ehemalige Postamt weiterhin als ideales und identifikationsstiftendes Ge-
10 bäude für eine universitäre Nutzung sehen. Hier geht es um Verkehrsberuhigung der Bundesstraße
11 und den Bau von Quartiersgaragen (Bundesstraße und Allende-Platz). Außerdem unterstützen wir
12 unbedingt eine öffentliche, möglichst universitäre Nutzung der Alten Post und der Lindley-Gewerbe-
13 schule.
- 14 Das Uni-Mobilitätskonzept wollen wir umsetzen. Die einzelnen Umsetzungsschritte müssen vorab
15 eng mit der Bezirkspolitik und allen beteiligten Akteuren abgestimmt werden.

1 Regionalbereich: Lokstedt, Niendorf, Schnelsen

2 **Lokstedt**

3 Kein Eimsbütteler Stadtteil ist in den letzten Jahren so stark gewachsen wie Lokstedt, vor allem Stadt-
4 häuser und Eigentumswohnungen sind entstanden. In den letzten Jahren sind daher viele Kita-Ein-
5 richtungen und Spielplätze neu geschaffen worden, die Sportanlagen im Stadtteil zählen zu den mo-
6 dernsten in Hamburg. Wir werden verstärkt auf sozialen Wohnungsbau und ein ausgewogenes Ver-
7 hältnis von Miet- und Eigentumswohnungen achten und das soziale und kulturelle Leben im Stadtteil
8 stärken.

9 Die Kommunalpolitik hat in der letzten Wahlperiode einstimmig einen Beschluss zum Thema „Per-
10 spektiven für Lokstedt“ gefasst. Mit dem Beschluss wurden Bezirksverwaltung und Behörden aufge-
11 fordert, in diversen für den Stadtteil wichtigen Bereichen Maßnahmen zu ergreifen, Planungen vor-
12 anzutreiben und Perspektiven zu entwickeln.

13 Dies betrifft unter anderem die Themenbereiche Verkehr, die Entwicklung des Stadtteilzentrums
14 rund um den Behrmanplatz oder die Perspektiven für die Lokstedter Lenzsiedlung.

15 Für alle Planungen hat die Kommunalpolitik eine enge Einbindung und Beteiligung der örtlichen Ak-
16 teure sowie der Bürgerinnen und Bürger gefordert. Im Mai 2014 wurden erste Ergebnisse zur Um-
17 setzung des Beschlusses in einer öffentlichen Sitzung des Regionalausschusses Lokstedt vorgestellt
18 und dabei auch das weitere Vorgehen skizziert.

19 So sollen in einer öffentlichen Veranstaltung unter Einbeziehung der Stadtwerkstatt die Ergebnisse
20 der fragebogengestützte Gespräche mit Lokstedter Bürgerinnen und Bürgern präsentiert werden. Ab-
21 schließend erfolgt die Auswertung von Gesprächen und der Veranstaltung.

22 1. Die Koalitionspartner sprechen sich dafür aus, den angeschobenen **Beteiligungsprozess** fort-
23 zusetzen und die Ergebnisse für künftige Vorhaben als Grundlage zu nehmen.

24 2. **Zentrumsentwicklung**

25 Lokstedt braucht ein stärkeres Stadtteilzentrum. Mit dem Gelände am Behrmanplatz (THW
26 und DRK) könnte ein wichtiger Beitrag dafür geleistet werden, wenn die Eigentümer der
27 Flächen mitspielen. Aus Sicht der Koalitionspartner braucht es für den Bereich Behrman-
28 platz / Grelckstraße eine Mischung aus Wohnungsbau – auch im geförderten Bereich – sowie
29 attraktiven gewerblichen Nutzungen, mit denen unter anderem der alltägliche Bedarf des
30 Stadtteils gedeckt werden kann und die eine angemessene Aufenthaltsqualität bieten.

31 3. Die soziale Stadtteilpolitik in den letzten Jahren hat zu vielen Verbesserungen in der **Lok-**
32 **stedter Lenzsiedlung** geführt. Die positive Entwicklung der Rahmenbedingungen für das Le-
33 ben in der Lenzsiedlung wollen wir gemeinsam mit den Akteuren vor Ort fortsetzen und sta-
34 bilisieren.

35 4. Im Stadtteil Lokstedt sind in kürzester Zeit mehrere **Unterbringungen für Flüchtlinge** auf den
36 Weg gebracht worden bzw. sind in Vorbereitung. Die Akteure aus dem Stadtteil, ehrenamt-
37 liche Unterstützung und das Umfeld leisten hierbei vorbildliche Arbeit. Die ehrenamtlichen
38 Helferinnen und Helfer benötigen für ihre Arbeit Hilfe zur Koordination, Informationen und
39 Unterstützung. Die Koalitionspartner setzen sich daher dafür ein, dass zur Koordinierung der
40 ehrenamtlichen Hilfe personelle und finanzielle Unterstützung bereitgestellt wird.

1 5. **Verkehr**

2 Mit dem Bevölkerungszuwachs im Stadtteil nimmt auch der Verkehr auf Lokstedts Straßen
3 zu. Ideen sind gefragt, die den Interessen der Lokstedterinnen und Lokstedtern entsprechen,
4 aber auch allen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer gerecht werden. Neben
5 vernünftigen Straßenverhältnissen und Streckenführungen, bedeutet dies auch attraktive
6 Bedingungen für den Fuß- und Radverkehr.

7 Nach Beendigung der laufenden Bau- und Verkehrsmaßnahmen soll für den Stadtteil ein
8 neues Verkehrskonzept erarbeitet werden, das den jüngsten Entwicklungen Rechnung trägt.
9 Dabei soll auch die Öffnung des Bötelkamps überprüft werden.

10 6. Durch gemeinsame Anstrengungen von Bürgerschaft und Bezirksversammlung kann endlich
11 die historische **Amsinck-Villa** saniert werden. Die Sanierung und Nutzung des Gebäudes als
12 Kita unterstützen wir.

13 **Niendorf**

14 Niendorf ist der flächenmäßig größte Stadtteil in Eimsbüttel und die „grüne Lunge“ des Bezirks. Der
15 Dorfcharakter des alten Niendorfs ist an vielen Stellen noch erhalten. Die Niendorferinnen und
16 Niendorfer schätzen die Ruhe und die vielen Grünflächen im Stadtteil.

17 In Niendorf hat man Stadtteilzentren am Tibarg sowie in Niendorf-Nord und als Besonderheit das
18 Niendorfer Gehege, den 142 Hektar großen Stadtwald, vor der Tür. Diese Lebensqualität wollen wir
19 bewahren, indem wir uns für eine sinnvolle Weiterentwicklung der Stadtteilzentren und umsichtige
20 Neubauplanung einsetzen.

21 1. **Niendorfer Gehege**

22 Die Koalitionspartner haben 2010 / 2011 gemeinsam mit vielen Akteuren – Umwelt-, Jugend-
23 und Sportvereinen – ein Gesamtkonzept für das Niendorfer Gehege entwickelt, das von der
24 Kommunalpolitik beschlossen wurde.

25 Das Konzept hat sich bewährt und viele Punkte aus dem Beschluss konnten umgesetzt
26 werden. So wurden Neue Wald- und Naturflächen angelegt (u.a. am Lokstedter Holt auf dem
27 ehemaligen Betriebshof) und der Förster konnte bei seiner Arbeit unterstützt werden.
28 Außerdem hat die Bezirkspolitik neue Bänke und einen neuen Unterstand finanziert, das
29 Gebäude am Niendorfer Gehege 27 wurde hergerichtet und für die „Mutzenbecher-
30 Villa“ wurde ein Nutzungskonzept gefunden, mit dem die Vorgaben des Bezirkes erfüllt
31 werden könnten.

32 Für die kommenden fünf Jahre nehmen sich die Koalitionspartner vor:

33 1.1 Das Niendorfer Gehege wollen wir als Wald und damit als Erholungsfläche erhalten und
34 naturnah weiterentwickeln. Waldfremde Nutzungen wollen wir so weit wie möglich zurück-
35 führen. Eine Kommerzialisierung des Niendorfer Geheges lehnen wir ab.

36 1.2 Zusätzliche Bebauungen im Niendorfer Gehege oder in den angrenzenden Landschafts-
37 achsen und Feldmarken lehnen die Koalitionspartner ab. Wir bekennen uns zur Umsetzung
38 des erfolgreichen Bürgerbegehrens „Hände weg vom Niendorfer Gehege“.

39 1.3 Das Forsthaus - Bondenwald 108 - ist in das Verwaltungsvermögen des Bezirkes überge-
40 gangen. Der Bezirk muss darlegen, wie das Gebäude langfristig optimal genutzt werden soll.

- 1 1.4 Die Bezirksversammlung Eimsbüttel hat sich grundsätzlich für einen Erhalt des Gebäudes
2 Bondenwald 110a – der sog. Mutzenbecher-Villa – ausgesprochen. Dazu muss ein Träger ge-
3 funden werden, der eine waldnahe und naturverträgliche Nutzung gewährleistet sowie die
4 planrechtlichen Vorgaben berücksichtigt. Die Koalitionspartner begrüßen das jetzt vorgelegte
5 Nutzungskonzept und unterstützen eine Umsetzung des Konzeptes.
- 6 1.5 Die Koalitionspartner wollen auch künftig den Förster bei der Wahrnehmung seiner Auf-
7 gaben unterstützen.
- 8 1.6 Wenn im Einvernehmen mit dem NTSV eine Kompensation gefunden wird, kann das Hei-
9 zungshaus zurückgebaut und die Flächen entsiegelt und wieder aufgeforstet werden.
- 10 1.7 Für die Unterbringung weiterer Akteure im Niendorfer Gehege sollen in Kooperation mit
11 dem Förster möglichst auf dem Gelände des Forsthofes durch die Nutzung vorhandener Ge-
12 bäude oder ggf. in Anbauten auf bereits versiegelten Flächen des Forsthofes oder alternativ
13 z.B. als Untervermietung im Forsthaus Realisierungspläne erarbeitet werden.
- 14 **2. Tibarg**
- 15 Der Tibarg ist Niendorfs Zentrum und hat viele Entwicklungen mitgemacht.
16 2010 wurde am Tibarg ein sog. „Business Improvement District“ (BID) eingerichtet. Über
17 fünf Jahre werden 1,75 Millionen Euro der Eigentümer für Maßnahmen in drei Bereiche auf-
18 gewendet: Marketing, Service und neue Baumaßnahmen. Diese Bereitschaft hat zu vielen
19 Verbesserungen auf dem Tibarg geführt: neue Beleuchtung, Auslichtung der Baumreihen vor
20 dem nördl. U-Bahnausgang, zusätzliche und moderne Fahrradständer, Neuordnung des
21 Dorfplatzes in der Mitte, Errichtung einer Brunnenanlage im Süden und neue Spielgeräte.
- 22 2.1 Wir wollen uns zusammen mit den Tibarg-Akteuren auch künftig dafür einsetzen, dass der
23 Standort seine Attraktivität erhält.
- 24 2.2 Die Koalitionspartner haben den Startschuss zur Neuentwicklung eines wichtigen Teilstückes
25 am Tibarg gegeben. Gemeinsam mit den Tibarg-Akteuren, Öffentlichkeit und interessierten
26 Einrichtungen und Vereinen sollen Ideen entwickelt werden, was ab 2016 auf dem noch von
27 der Anna-Warburg-Schule genutzten Gelände in der Mitte des Tibargs passieren soll. Wir
28 wollen in diesem Beteiligungsprozess auch prüfen, ob eine Räumlichkeit für die örtlichen
29 Vereine und Verbände geschaffen werden kann.
- 30 2.3 Die Koalitionspartner setzen sich weiter für eine Aufwertung des Busbahnhofes Niendorf
31 Markt ein. Dem HVV ist der Standort für die weitere Arbeit im Bereich Haltestellenumfeldern
32 aufgegeben worden. Wir setzen uns dafür ein, dass in die Arbeit des HVV die zuständigen
33 Dienststellen und auch die Akteure vor Ort – Geschäfte und Anwohnerinnen sowie An-
34 wohner im Umfeld / Tibarg-Arbeitsgemeinschaft / BID-Tibarg – eingebunden werden.
- 35 2.4 Die Koalitionspartner treten für die Anbindung des Tibargs an das StadtRAD-System sowie
36 die Schaffung weiterer Fahrrad-Abstellmöglichkeiten auf dem Tibarg ein. Auch werden wir
37 den Radverkehr zwischen und in den Stadtteilen wo immer möglich weiterentwickeln.
- 38 2.5 Im Zusammenhang mit dem Tibarg spielen auch noch viele weitere Themen eine Rolle, die
39 die Kommunalpolitik immer wieder beschäftigen – bspw. die Themen Radfahren, Infowerbe-
40 stände oder die Straßenmusik. Einmal im Jahr sollen daher im Regionalausschuss Lokstedt
41 zusammen mit den Tibarg-Akteuren, Verwaltung und Polizei die Entwicklungen auf dem Ti-
42 barg erörtert werden.

1 3. **Niendorf-Nord**

2 Seit längerer Zeit engagiert sich die Bezirkspolitik für die Aufwertung des Bereiches Niendorf-
3 Nord. 2010 wurde der Bereich Niendorf-Nord in das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteil-
4 zentren“ aufgenommen. Für die Laufzeit bis 2015 stehen – bei entsprechenden Beteiligungen
5 seitens der Eigentümerinnen und Eigentümer - aus dem Programm Mittel für Maßnahmen
6 zur Verfügung.

7 Ziel der Maßnahmen sind die Stärkung des Nahversorgungszentrums und die Verbesserung
8 des Wohnumfeldes durch bauliche und soziale Projekte. Die weiterführenden Planungen
9 wurden mit umfassender Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie des neu einge-
10 richteten Stadtteilbeirates erarbeitet. Mit den unterschiedlichen Grundeigentümern und Ei-
11 gentümergeinschaften sind seitens des Bezirksamtes und des Gebietsmanagements in
12 den letzten Wochen und Monaten Gespräche über Finanzierungs- und Fördervereinbarungen
13 geführt worden. Nach Prüfung aller abgegebenen Stellungnahmen und Interessensbe-
14 kundungen durch das Bezirksamt, scheint ein übergeordnetes zusammenhängendes Konzept
15 für den gesamten Standort nicht umsetzbar.

16 Sollte eine Realisierung eines Gesamtkonzeptes für den Bereich Niendorf-Nord nicht möglich
17 sein, sprechen sich die Koalitionspartner dafür aus, dass mit dem Stadtteilbeirat in der ver-
18 bleibenden Laufzeit des Förderprogramms für die öffentlichen Bereiche Aufwertungsmaß-
19 nahmen (Grünanlagen, Wegeverbindungen, Busbahnhof, Straßenraum) erarbeitet und umge-
20 setzt werden. Zu prüfen ist auch, ob Maßnahmen für die privaten Bereiche gefördert werden
21 können, die sich für eine Beteiligung am Gesamtkonzept ausgesprochen hatten.

22 4. Die Koalitionspartner fördern auch weiterhin die offene Kinder- und Jugendarbeit. Mit dem
23 **Haus der Jugend Niendorf** hat der Stadtteil seit 40 Jahren eine offene Einrichtung für Kinder
24 und Jugendliche, für deren Erhalt wir uns stark machen. Auch künftig muss diese Einrichtung
25 als erkennbare Stadtteil-Einrichtung für Jugendliche zur Verfügung stehen.

26 5. Die „**Grünen Ringe Niendorf**“ sind ein Konzept aus den 1960er Jahren für wohnortnahe We-
27 geverbindungen zum Erholen und Spazierengehen. Die äußeren Grünen Ringe umschließen
28 den Stadtteil; innerhalb Niendorfs finden sich weitere Grünzüge. Die Koalitionspartner setzen
29 sich für den Schutz und Ausbau dieser Grünen Ringe ein.

30 6. **Gewässer / Hochwasserschutz**

31 Niendorf wird „umschlossen“ von der Tarpenbek und der Kollau.

32 An beiden Bächen sind in den letzten Jahren umfangreiche Renaturierungsmaßnahmen
33 durchgeführt worden: Die Gewässerstruktur wurde verbessert, Wanderhindernisse für Fische
34 wurden entfernt oder die Strukturvielfalt von Gehölzflächen verbessert. Diese Maßnahmen
35 sollen fortgesetzt werden.

36 Im Bereich der Kollau und ihrer Zuflüsse werden wir weiterhin die Belange des Hochwasser-
37 schutzes berücksichtigen.

38 Die bisher vorliegenden Ergebnisse des so genannten Niederschlags-abflussmodells sowie die
39 Kartierungen zu hochwassergefährdeten Gebieten, die im Rahmen der Umsetzung einer EU-
40 Richtlinie erstellt werden, wollen wir systematisch auswerten und gegebenenfalls neue
41 Schutzmaßnahmen treffen. Aktuell geschieht dies bereits durch den Ausbau bestehender
42 Rückhaltebecken. Auch die Schaffung von weiteren Retentionsflächen sowie Rena-

1 turierungen wollen wir anstoßen, ebenso wie eine Beseitigung der Engstelle an der Unterfüh-
 2 rung der Kollau unter der Niendorfer Straße geprüft wird.

3 **Schnelsen**

4 Die gute Anbindung, bezahlbarer Wohnraum und ein umfangreiches Einkaufsangebot machen den
 5 Stadtteil bei jungen Familien beliebt. Das wollen wir durch die Weiterentwicklung der Einkaufsquar-
 6 tiere und Schaffung neuer Wohnanlagen unterstützen.

7 1. Der Bau des **Schnelsener Autobahndeckels** ist eines der größten Vorhaben im Bezirk in den
 8 kommenden Jahren, mit dem Chancen für den Stadtteil aber auch Belastungen verbunden
 9 sind.

10 Mit der Überdeckelung der A 7 gewinnt Schnelsen neue Flächen dazu und mit der Ausge-
 11 staltung der Flächen kann die Attraktivität des Stadtteils – und auch des angrenzenden
 12 Schnelsener Zentrums – weiter erhöht werden. Die Veränderungen können aber nur ge-
 13 lingen, wenn dies in einem breiten Beteiligungsprozess erfolgt, in den auch die Grundstücks-
 14 eigentümerinnen und -eigentümer frühzeitig einbezogen werden.

15 Während der Bauphase des Deckels setzen wir uns für eine transparente Baustellenko-
 16 ordinierung ein.

17 2. Wir wollen die Attraktivität der **Frohmestraße** als Einkaufsstraße und Zentrum für Schnelsen
 18 weiter erhöhen. Unbefriedigend ist dabei nach wie vor die Verkehrssituation in der Frohme-
 19 straße. Im Rahmen der Deckel-Baumaßnahmen gilt es, die Belastungen möglichst gering zu
 20 halten und pragmatische Lösungen zu finden, die auch die Interessen der Gewerbetrei-
 21 benden berücksichtigen. Der Erhalt und die Attraktivitätssteigerung für die Frohmestraße als
 22 Schnelsener Zentrum ist eine wesentliche Zukunftsaufgabe der kommenden Jahre. Die Ver-
 23 änderungen können aber nur gelingen, wenn wir einen breiten Beteiligungsprozess beginnen
 24 und auch die Grundstückseigentümerinnen sowie –eigentümer einbeziehen.

25 3. Wir setzen uns für die Elektrifizierung der **AKN** und den Ausbau der S-Bahn zwischen Ham-
 26 burg und Kaltenkirchen ein. In diesem Zusammenhang soll der Bau der Haltestelle Schnelsen-
 27 Süd realisiert werden. Außerdem sollen die Buslinienführung und Radverbindungen zur
 28 neuen S-Bahn-Station verbessert werden.

29 4. In **Schnelsen-Süd** und **Schnelsen-Burgwedel** wollen wir die positiven Entwicklungen der
 30 sozialen Stadtteilentwicklungspolitik ausbauen und verstetigen. Über Beteiligungsgremien –
 31 Stadtteilbeirat und Runder Tisch – wollen wir dies zusammen mit den Bewohnerinnen und
 32 Bewohnern sicherstellen.

33 Soziale Stadtteilprojekte in den Quartieren – wie das Projekt 38 in Schnelsen-Süd – wollen
 34 wir unterstützen.

35 Nach wie vor setzen wir uns für eine Attraktivitätssteigerung auf dem Roman-Zeller-Platz ein.

36 5. Das **Albertinen-Krankenhaus** als wichtigstes Gesundheitszentrum und größten Arbeitgeber
 37 im Hamburger Nordwesten wollen wir stärken und unterstützen.

38 6. Wir wollen die **Schnelsener Feldmark** gegen Bebauung sichern und weiterentwickeln.

1 **Regionalbereich: Eidelstedt und Stellingen**

2 **Stadtentwicklung**

3 Wir begrüßen die Ergebnisse der Stadtplanungsabteilung und des Beteiligungsverfahrens zu den Be-
4 bauungsplänen Stellingen 61 und 62, setzen uns aber dafür ein, dass die sozialräumlichen Angebote
5 erhalten bleiben und ausgebaut werden:

- 6 • Die Eigenständigkeit des Hauses der Jugend in einer für Jugendliche interessanten und ange-
7 messenen Form soll gewahrt werden.
- 8 • Es soll ein Stadtteilzentrum für Stellingen entstehen, vorzugsweise am zukünftigen „Stellinger
9 Platz“ mit der Zielvorstellung, dort ein Stadtteilkulturzentrum einzurichten.
- 10 • Die Stadtteilzentren sollen geschützt werden, indem auch zukünftig großflächige Einzelhan-
11 delsflächen (z.B. am Hörgensweg oder am Stellinger Hof) begrenzt werden. Für diese Flächen
12 fordern wir sozial- und stadtteilverträgliche Konzepte.

13 Wir begleiten Bürgerbeteiligungsgremien, wie z.B. die Bürgerforen Eidelstedt oder Stellingen und die
14 Arbeit der Aktiven für die Gestaltung ihrer Stadtteile. Die Ergebnisse dieser Gremien werden wir
15 prüfen.

16 Die Planungen zu dem zukünftigen Bahnhof Diebsteich (Altona) werden direkte Auswirkungen auf
17 Stellingen haben. Wir drängen deshalb auf frühzeitige Einbeziehung bei den Planungen.

18 Wir beharren auf eine Durchsetzung der neuen Spielhallenregulierung, da eine weitere Verdichtung
19 insbesondere entlang der Achse Kieler Straße durch Spielhallen inakzeptabel ist.

20 Der Tierpark Hagenbeck ist nicht nur eine herausragende Visitenkarte dieses Bezirkes, sondern ist
21 auch wirtschaftlich ein wichtiger Standort. Seine nachhaltige Sicherung ist für uns elementar.

22 Die soziale Stadtteilpolitik in der „Linse“ unterstützen wir auch zukünftig. Darüber hinaus soll die Ent-
23 wicklung eines Nutzungskonzeptes für das ehemalige Rathaus Stellingen vorangetrieben werden.

24 Bei der Entwicklung der Flächen des Informatikums wollen wir die Ideen der Bürgerinnen und Bürger
25 unterstützen und setzen uns für Platz für neue Arbeitsformen (coworking spaces) und die Ansiedlung
26 von Kleingewerbe ein. Gewerbe und Wohnen möchten wir nicht trennen, Mischgebiete sind grund-
27 sätzlich zu erhalten. So ist beispielsweise die Fläche nordöstlich angrenzend zum Eidelstedter Platz in
28 ihrer bisherigen Mischung (70 % Wohnen – und 30 % Gewerbe) bei denkbarer Neubebauung auf-
29 recht zu erhalten.

30 Wir unterstützen die Planung zum Sportzentrum Furtweg.

31 Das ReeWie- und das Wichmannhaus sollen erhalten und gestärkt werden.

32 Im Bereich der S-Bahn Stellingen drängen wir nach Fußballspielen und Großereignissen auf eine ver-
33 besserte Reinigung und Pflege der Anlagen der Station.

34 **Ökologie**

35 Für eine ökologische Entwicklung dieser Region fordern wir:

- 36 • mehr Baumpflanzungen im städtischen Bereich, insbesondere im Bereich der Kieler Straße,
- 37 • keine Bebauung der Eidelstedter Feldmark,
- 38 • Unterstützung des Erhalts regionaler Landwirtschaft (bspw. ortsnahe Anbau von Futtermit-
39 teln für Hagenbecks Tierpark),

- 1 • das Konzept „Saisongärten“ (Leihgärten) fördern und unterstützen,
- 2 • weitere Flächen für urbane Gartenprojekte zu identifizieren und
- 3 • wegfallende Kleingärtenflächen auszugleichen und ggf. als „Bürgergärten“ zu gestalten.

4 **Verkehr**

5 Eidelstedt und Stellingen sind zwei Stadtteile, die besonders stark durch Verkehrsstrassen mit über-
6 regionaler Bedeutung belastet sind. Deshalb ist bei allen Planungen und Veränderungen in besonders
7 sensibler Weise auf die Bewohner und Bewohnerinnen dieser Stadtteile Rücksicht zu nehmen.

8 Im Einzelnen:

- 9 • Stellingen benötigt eine „Ortsumgehung“, die über den Eimsbütteler Markt zum Autobahn-
10 Anschluss Volkspark führt und die Kieler Straße insbesondere vom Schwerlastverkehr ent-
11 lasten soll.
- 12 • Wir werden während der Bauzeit zum Autobahndeckel die Belange der unmittelbaren An-
13 wohner im Auge behalten und sie in ihren berechtigten Anliegen unterstützen. Eine so-
14 zialverträgliche Lösung mit den Eigentümern im Imbekstieg (Westseite) wollen wir gegenüber
15 den zuständigen Behörden vertreten.
- 16 • Wir wollen den Bereich des Busbahnhofes und der AKN-Station Eidelstedt Zentrum über-
17 planen lassen.
- 18 • Der weitere Ausbau der AKN-Strecke zur S-Bahn muss eine Priorität bei der Entwicklung des
19 ÖPNV in der Region haben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die wichtige S-Bahn-Station Elb-
20 gaustraße mit ihren vielen Umsteigemöglichkeiten auf Busse nicht benachteiligt wird. Auch
21 die Umsteigesituation von S-Bahn auf Busse muss hier sicherer gestaltet werden.
- 22 • Wir werden uns im Planungsprozess für eine zukünftige S- und /oder U-Bahn einbringen und
23 die schienengebundene Anbindung der Arenen fordern.
- 24 • Wir fordern die Aufstockung und Aufrüstung der Fahrradabstellmöglichkeiten für die Halte-
25 stellen S-Elbgaustraße, S-Stellingen und S-Langenhof.
- 26 • Für das Konzept StadtRAD setzen wir uns für die Umsetzung der bereits geforderten und ge-
27 planten Stationen, sowie die Planung von weiteren Stationen ein.
- 28 • Die im Fahrradforum geplanten Routen wollen wir realisieren und zudem weitere Strecken
29 verbessern.
- 30 • Aktuell sehen wir keine Notwendigkeit eines „Durchstiches“ der Randstraße und wollen nach
31 einer Prüfzeit den hierfür erstellten Bebauungsplan überdenken.

1 **Grundlagen der Zusammenarbeit**

2 Ein eigenständiges Profil der beiden Koalitionspartner einerseits und eine verlässliche sowie ver-
3 trauensvolle Zusammenarbeit andererseits erfordern ein Höchstmaß an gegenseitiger Information
4 und Kommunikation. Für uns gilt es, die langjährige rot-grüne Zusammenarbeit im Bezirk Eimsbüttel
5 fortzusetzen. Wir wollen den Bezirksamtsleiter, Dr. Torsten Sevecke, wiederwählen.

6 Wir vereinbaren daher folgende Grundprinzipien für unsere Zusammenarbeit:

- 7 • Partei- und Fraktionsspitzen kommen zu einer regelmäßigen Koalitionsrunde zusammen, um
8 Vorhaben, aber auch Konflikte, frühzeitig miteinander zu besprechen und abzustimmen.
- 9 • Die Fraktionsvorstände vereinbaren einen regelmäßigen Jour fixe.
- 10 • Anträge werden miteinander abgestimmt.
- 11 • In der Bezirksversammlung stimmen die Partner gemeinsam ab. Hiervon kann nur in vorher
12 vereinbarten Ausnahmefällen abgewichen werden.